



PROTOKOLL

DER 5. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	Donnerstag, 16. August 2007 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 22.00 Uhr
Präsenz	19 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident 3 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin	
Vorsitz	ER-Präsident Rolf Forster (SVP)	
Entschuldigt	GR Dino Tamagni ER Felix Tenger (FDP)	
Protokoll	Das Protokoll der 4. Sitzung vom 7. Juni 2007 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
Mitteilungen	Keine	
Neueingänge	<ul style="list-style-type: none"> - Postulat Willi Josel (SVP): Ungenügende WC-Anlagen auf dem "Platz für Alli" - Beantwortung Kleine Anfrage Felix Tenger (FDP): Benützung von Turnhallen-Kleingeräten im Schulhaus Gemeindewiesen - Interpellation Willi Josel (SVP): Kulturgeschichtliche Dokumente sichern – vorhandenes Wissen erhalten - Kleine Anfrage Ernst Schläpfer (SP): Rote Markierungen für Velo's 	
Offene Geschäfte	<ul style="list-style-type: none"> - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Förderbeiträge für den Einsatz von Minergie-Standard oder erneuerbare Energie beim Bau oder Umbau von Wohnraum - Kleine Anfrage Albert Gysin (SVP): Rheinfall-Panoramaweg und weitere Wege 	



- Traktandenliste**
1. Bericht und Antrag betreffend Beruhigung und Attraktivierung Ortszentrum
 2. Bericht und Antrag betreffend Rheinfallgebiet / Laufenareal
 3. Bericht und Antrag betreffend Mobilfunkantennen
 4. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend zukünftiger Betrieb der VBSH-Linie 1 respektive Änderung der Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs vom 17. Juni 1992
 5. Postulat SVP Willi Josel / CVP Christian Di Ronco / FDP Markus Anderegg betreffend Alternativen zum Trolleybus

Die Traktandenliste wird genehmigt.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ich begrüsse Sie und eröffne die 5. Sitzung in diesem Jahr.

Vorgängig der Sitzung findet die jährliche Berichterstattung der Geschäftsstellenleiterin Ortsmarketing, Barbara Müller-Buchser, statt. Diese Berichterstattung wird nicht protokolliert.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Beruhigung und Attraktivierung Ortszentrum

GP Stephan Rawlyer

Ich muss Ihnen ganz offen gestehen, dass mir diese Vorlage Spass macht. Ich habe mich auf heute Abend gefreut, denn ich denke, der Gemeinderat kann Ihnen ein schönes, zukunftsgerichtetes Projekt vorlegen, das unserer Gemeinde zur Zierde dient und diese nachhaltig verschönern wird. Sie können sich daran erinnern, dass wir vor geraumer Zeit Ihnen bereits die Verkehrsregelung im Bereich Industriestrasse/Zentralstrasse/Wildenstrasse vorgelegt haben. Es gab auch eine öffentliche Präsentation. Es ging dabei vor allem darum, dass eine Tempo 30 Zone geschaffen werden soll. Es wurde dabei auch erläutert, welche Alternativen es geben sollte und es wurde kurz aufgezeigt, wie die Gestaltung sein könnte. Das Projekt stiess auf sehr gute Resonanz und wir haben uns daher entschlossen, die Verkehrsregelung unverändert zu übernehmen aus dem vorliegenden Projekt. Sämtliche verkehrstechnischen Vorschläge, die Sie auf dem Plan finden, entsprechen genau dem, was Sie schon einmal gesehen haben, mit ein, zwei Ausnahmen, auf die ich aber noch zu sprechen komme. Die wichtigen Entscheide, die Industriestrasse weiterhin im Einbahnverkehr zu lassen und Tempo 30 als Grundregel hier einzuführen, das wurde alles übernommen. Ich bitte Sie, den Plan zu Hand zu nehmen. Auch wenn er relativ klein ist, möchte ich das mit Ihnen gemeinsam anschauen. Eine Torsituation ergibt sich oben beim Ochsenplatz. Er ist zurzeit bereits im Bau. Die Autofahrer haben den Kreisverkehr bereits recht gut aufgenommen. Wenn man die Industriestrasse hinunter fährt, dann sehen Sie, dass es hier eine Änderung gegeben hat. Die linksseitigen Parkplätze konnten leider nicht realisiert werden. Die Detailabklärung hat gezeigt, dass die Eingriffe für die Ausfahrten zu gross gewesen wären. Wir hätten zu viele Parkplätze verloren. Wir haben uns daher entschieden, wie heute auf der rechten Seite, die Parkplätze längs vorzusehen. Diese werden aber deutlich länger und damit auch für nicht so geübte Autofahrer benutzbar sein. Bereits in diesem Abschnitt sehen sie verschiedene Bäume eingezeichnet und dies ist ein Kernelement des Vorschlags der Firma Hager aus Zürich. Es sollen recht viele Bäume im Neuhauser Zentrum gepflanzt werden. Dabei ist nicht an kleine Bäumchen gedacht sondern wir sprechen von einem Stammdurchmesser von 20 – 30 cm. Das sind rechte Bäume. Das kostet auch etwas, aber hat den Vorteil, dass wir nicht 10 – 20 Jahre warten müssen, bis wir etwas sehen. Wenn wir nachher in die Zentralstrasse



einmünden, sehen Sie dass es dort eine Begradigung und eine Klärung der Situation gibt. Die Parkplätze sind wie im ursprünglichen Vorschlag auf dem Trottoir gehalten. Wenn Sie nicht benutzt werden, dann wird dadurch das Trottoir bereiter. Die Strasse ist im gesamten Bereich so gemacht, dass die Fahrzeuge problemlos zirkulieren können. Dort wo Gegenverkehr ist, sollten nach unseren Berechnungen zwei Fahrzeuge mit 2.65 m, das sind zu zukünftigen Autobusse, miteinander problemlos kreuzen können, sofern sie mit Tempo 30 fahren. Wenn sie sich nicht daran halten, dann wird es ein Problem. Die Fussgängerstreifen entsprechen genau dem Vorschlag, der schön früher gemacht wurde. Ich gehe weiter die Zentralstrasse hinaus. Bei der reformierten Kirche, soll der Kirchturm so frei gestellt werden, dass er in der südlichen Richtung nicht mehr im Gras steht sondern auch auf einer Pflasterung. Das soll zu einer architektonischen Verbesserung führen. Dafür wird die Rabatte dort entsprechend verlängert und verbessert. Das Pfarrhaus soll besser zur Geltung kommen. Die Gespräche mit der reformierten Kirche sind dazu bereits geführt worden. Die mehr als mannshohe Hecke soll zurück geschnitten werden, auf ein Mass, das von beiden Seiten akzeptierbar ist. Wir haben dort die Schikane, dass bautechnisch eine gewisse Hecke vorhanden sein muss, denn sonst ist die Privatsphäre des Pfarrehepaares nicht mehr gewährleistet. Geht man zum Gemeindehaus, dann ist das wichtigste Element jenes, dass die heutige Bushaltestelle abgebrochen werden soll und durch eine neue ersetzt wird, die östlich angesetzt wird. Der Grund liegt darin, dass die heutige Haltestelle die Wirkung dieses Gebäudes eigentlich verschluckt. Man sieht und empfindet das Gemeindehaus nicht in seiner Bedeutung. Es ist ein Haus, das man durchaus zeigen darf. Nicht weil die Gemeindeverwaltung darin residiert, sondern weil es doch gewisse architektonische Spezialitäten aufweist. Vorgesehen ist dafür ein Wasserbecken. Damit ist das Element Wasser aufgenommen. Es ist noch nicht endgültig entschieden, wie das Wasserbecken aussieht. Wir persönlich schwebt etwas vor mit einem Rand, auf den man sich setzen kann. Vielleicht auch einmal die Hand ins kühlende Wasser halten kann. Visavis sehen Sie kleine Punkte. Der rote Punkt ist die Beleuchtung und einer der kleinen Punkte stellt sogenannte Trinkbrunnen dar. Denn an der Zentralstrasse sind verschiedene Trinkbrunnen vorgeschlagen, dazu ist wieder zu sagen, dass das ein Element ist, das das Wasser aufnehmen soll. Im Unterhalt aber sehr günstig ist, vandalensicher ist und sicher von vielen Neuhauserinnen und Neuhauser geschätzt wird, wenn man sich kurz erfrischen kann. Das dürfte auch auf die Touristen zutreffen. Der Autobus der Linie 1 der kommt auf die Strasse zu stehen. Die Autos müssen hier also ganz kurz warten. Das Ein- und Aussteigen geht aber erfahrungsgemäss sehr schnell. Zwischen dem Werkhof Ost und dem Gemeindehaus andererseits soll die Zufahrtsstrasse auf den Platz für Alli verlegt werden. Der Vorteil dieser Lösung ist, dass wir dadurch einen echten Platz gewinnen um das Gemeindehaus herum. Dass wir andererseits entlang der Post einen guten Velo- und Motorradabstellplatz erhalten. Der Veloabstellplatz wird



überdacht sein, wobei die Architektur die gleiche ist, wie beim Bushalteshäuschen beim Gemeindehaus. Die heute beim Werkhof vorhandenen Glascontainer und Altmetallsammlungen sind zwar recht beliebt. Es ist aber nicht nur Feng Shui Praxis, dass man den Abfallkübel nicht vor der eigenen Haustüre platzieren sollte. Es ist auch nicht die beste Visitenkarte und es ist vorgesehen, diese Container in den Hof des Werkhofs zu verlegen. Die Zugänglichkeit ist genau gleich hoch. Man kann weiterhin mit dem Auto zufahren und man kann auch zu Fuss dorthin gehen, aber es ist doch etwas diskreter. Vor der Post haben wir heute eine Situation, die äusserst unfallträchtig ist. Wir haben Parkplätze im 90°C Winkel zur Strasse. Das Parkieren geht jeweils noch relativ flott aber das Hinausfahren ist dann jeweils eine Geduldsübung oder je nach Temperament ist es einfach eine Mutübung. Hier ist vorgesehen, dass diese Parkplätze aufgehoben werden und dass dafür längs der Post Kurzparkplätze geschaffen werden. Die Gespräche mit den betroffenen Grundeigentümern sind zum grössten Teil bereits erfolgt. Namentlich auch mit der Post, die sich da sehr positiv gezeigt hat. Wenn wir weiter die Zentralstrasse hinausgehen, dann sehen wir die neue Bushaltestelle. Diese hat den Vorteil, dass wir damit faktisch eine Gegenhaltestelle bekommen zur Haltestelle beim Gemeindehaus, andererseits aber dennoch den Vorteil haben, dass die Haltestelle bei der Firma Eckert weiterhin einen Gegenhaltestelle hat. Auch dort bleibt der Bus kurz stehen. Bei der Kreuzung Poststrasse, Bahnhofstrasse, Zentralstrasse gibt es eine ganz leichte Anrampung der Strasse. Es ist vorgesehen, dass man vom Gesetz her eine Torsituation macht, damit der Autofahrer sich bewusst wird, hier komme ich in eine Tempo 30 Zone. Es wird auch ein Baum hingestellt, und dieser soll ausnahmsweise auch nachts beleuchtet werden. Die anderen Bäume werden nachts nicht beleuchtet. Dieser Baum hat aber eine Torfunktion und muss deshalb beleuchtet werden. Wenn wir wieder zurückfahren, sehen wir in der Nähe der Marktgasse normale Parkplätze auf dem Trottoir. Wenn wir die Wildenstrasse hinaufgehen, dann ist dort die wohl grösste Änderung. Da bin ich froh, dass diese Idee geklappt hat. Die Zusammenfassung der beiden Haltestellen der Linie 1 und Linie 6. Die wirklich nicht schönen Szenen, in denen Leute von der Linie 6, der unteren Haltestelle, eilenden Schrittes auf die Linie 1 wechseln wollten, ist dann beendet. Das Umsteigen von der Linie 1 auf die Linie 6 ist damit viel angenehmer und hat zugleich den grossen Vorteil, dass wir die heutige illegale Situation, dass Personen dort ihren Wagen kurz parkieren um den Geldautomaten zu bedienen, nicht mehr haben. Es wird dort zwei Kurzparkplätze geben. Sie sehen auf dem Plan die verschiedenen gelben Punkte. Das EKS hat für uns die Beleuchtung übernommen. Es ist vorgesehen, mit einem weissen angenehmen Licht, das wurde uns so versprochen, dass es angenehm sei, hier eine Beleuchtung zu schaffen. Die betroffenen Personen, und wir haben bewusst die Leute miteinbezogen, die dann auch die Birnen auswechseln müssen und die Gemeinderatsmitglieder, die da mitgearbeitet haben, sind alle zum



gleichen Lampentyp gekommen. Das spricht dafür, dass wir vermutlich nicht ganz falsch gelegen sind. Ich bin mir bewusst, über Geschmack kann man unendlich lange streiten. Im nun vorliegenden Projekt, ist die Möblierung im Detail festgelegt. Nicht nur die Lampen sind uns vom Typ her bekannt uns sind auch die verschiedenen Bänke bekannt und wir wissen wie die Abfalleimer aussehen. Wir denken, dass die Hinweise der ersten gemeinderätlichen Arbeitsgruppe gut aufgenommen wurden und dass wir wirklich zufrieden sein können mit diesem Konzept. Auf der Seite 7 habe ich Ihnen kurz aufgeführt, welche Änderungen es gegeben hat. Sie sehen, vor allem dieser Granitfries, der im Vorprojekt war, ist entfallen. Dazu gibt es zwei Gründe. Der erste Grund ist ein gestalterischer Grund. Es war in der Umsetzung nicht klar, was mit diesem Flies geschehen soll, bei den Einmündungen in die Strasse und beim Platz für Alli. Geht dieser Flies hinein oder führt er quer hindurch oder wie sieht das aus. Alle vorgeschlagenen Lösungen haben uns nicht überzeugt, so dass wir am Schluss gesagt haben, das lassen wir sein um so mehr, als auch von der Kostenseite her, dass der ästhetische Wert so gering ist, dass sich die Kosten nicht lohnen. Die Wasserelemente wurden anders ausgeführt, als im Vorprojekt. Auch hier haben wir die Leute, die dann diese Sachen unterhalten müssen, beigezogen und wir denken eigentlich, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, dass wir die Vandalensicherheit, die Unterhaltskosten auch die Kosten für Wasser und Strom hier besser im Griff haben können, als beim ersten Vorschlag. Dann schliesslich noch zur Frage der Bäume. Diese hat uns auch sehr lange beschäftigt. Die Hager AG wollte an sich Linden haben. Jeder der bei einer Linde wohnt oder eine solche im Garten hat weiss, dass ein Lindenbaum wunderschön ist, aber er beschäftigt einem auch vom Frühling bis in den Herbst hinein. Wenn er nicht blüht, dann tropft er. Wenn er nicht mehr tropft, dann kommen die Blätter. Wir haben uns deshalb für Ahorn entschieden. Sollte die Trolleybuslinie bleiben – wir werden darauf heute Abend auch noch zu sprechen kommen – dann werden wir nochmals den Ahorn typ ganz genau anschauen müssen. Es gibt auch den spitzigeren, gerade hinauswachsenden Ahorn. Dazu haben wir auch unseren Gärtner herbeigezogen, der uns dazu auch konkrete Vorschläge gemacht hat. Wir denken auch, wenn diese Drähte bleiben, haben wir die Möglichkeit mit Bäumen zu arbeiten und ein schönes Dorfbild zu bekommen. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten. Ich gehe nicht davon aus, dass sie heute Abend dem schon zustimmen werden, so optimistisch bin ich nicht, aber wenn Sie eine Kommission bilden sollten, freue ich mich bereits jetzt auf die Mitarbeit in dieser Kommission. Besten Dank.

*Eintretensdebatte:*ER Albert Gysin (SVP)

Die SVP Fraktion ist überzeugt, dass die Attraktivierung und Beruhigung des Zentrums von Neuhausen eine gute Sache ist. Schade ist dennoch, dass man die Fr. 300'000.00 für die Instandstellung der Fahrleitungen mitbudgetieren musste. So wie auch noch keine Lösung für das Moserhaus gefunden wurde. Wir treten aber auf diese Vorlage ein und beantragen eine 7-er Kommission.

ER Markus Anderegg (FDP)

Die FDP Fraktion hat die Sache auch angeschaut und ich kann gleich vorwegnehmen, wir sind sehr überzeugt von dieser Vorlage. Ich blende nochmals zurück. Dieses Projekt ist eigentlich auch über das Ortsmarketing entstanden. Frau Barbara Müller-Buchser hat es heute Abend schon erwähnt. Es gab ganz zu Beginn vor 8 Jahren eine Bevölkerungsumfrage und daraus ging ganz deutlich hervor, dass die Neuhauser Bevölkerung ein schöneres Neuhauser Zentrum möchte und sich eine bessere Identifikation mit ihrem Ortszentrum wünscht. Das war damals eine ganz klare Aussage. Was nun vorliegt, finden wir eine sehr ausgereifte Lösung. Es ist eine einfache Gestaltung, reduziert auf die einfachsten Merkmale. Verengung des Strassenraumes, d.h. auch die Verlangsamung des Strassenverkehrs darauf. Markante Verbreiterungen der Trottoirs. Die Möglichkeit von mehreren Boulevardcafés. Die Parkierung viel besser angeordnet und in schönere Gruppen verteilt und übrigens immer noch gleich viele Parkplätze wie vorher, soviel ich richtig gezählt habe. Der Platz für Alli wesentlich breiter und einladender. Das ist heute ja ein grosser Wunsch, weil die Veranstaltungen meistens zuwenig Platz haben an diesen Festern. Die Beleuchtung sehr ausgewogen. Ein sehr guter Lampentyp. Die Kandelaber haben den Vorteil dass sie eine Doppelnutzung für die Fahnenbeleuchtung und die Weihnachtsbeleuchtung auch noch beinhalten. Zusätzlich zur Beleuchtung der eine Baum. Das finde ich sehr schön. Der beleuchtet wird von unten als Torsituation. Ganz toll finde ich die Illuminierung der reformierten Kirche. Es gibt noch die Möglichkeit, dass auch andere Kandelaber eine Beleuchtung haben oder andere Gebäude, aber niemals in diesem Ausmass. Auch ein wenig illuminieren. Das gibt ganz andere Eindrücke der örtlichen Situation. Sie haben das vielleicht bei Zürich schon bemerkt. Zürich wird



seit Jahren laufend besser illuminiert. Zürich hat dieses Stadtbild mit diesen Illuminierungen total verändert, finde ich. Nochmals wirklich weniger ist mehr. Es hat keinen Sinn, einen Gestaltungsevent zu veranstalten, sondern ganz einfach an Neuhausen angepasst, denn die Wirkung ist dann umso besser. Ich kann Ihnen versprechen, dass diese Veränderung des Erscheinungsbildes Neuhausen total verändern wird. Vielleicht zu den Kosten. Bei diesen Fr. 3 Mio. sind ja Fr. 1.7 Mio. Werkleitungen noch dazugerechnet die Beläge mit Fr. 350'000.00. Da sind wir ja bei rd. Fr. 2.0 Mio. die wir sowieso ausgeben müssen. Wir wären ja "dumm", wenn wir nicht noch Fr. 1.0 Mio. mehr ausgeben würden für diese tolle Gestaltung. Der Effekt zum Schluss. Ich persönlich freue mich ganz gewaltig, bis dieses Projekt vollende ist. Das Resultat jahrelanger Bemühungen Neuhausen in einem besseren Licht erstrahlen zu lassen. Nach diesem Projekt kann niemand mehr über Neuhausen schnöden. Es ist wie der Schlusspunkt, denn das ist das einzige, was an diesem tollen Ort noch nicht so hundertprozentig ist, das Ortszentrum. Zu den Bäumen. Solange es keine chinesische Schnurrbäume, wie man beim Herrenacker diskutiert hat, bin ich mit mehr oder weniger allem einverstanden. Einziger Negativpunkt. Unsere lieben Busdrähte kosten schon wieder Fr. 300'000.00. Abschliessend noch eine kleine Frage. Mir liegt es am Herzen und es wurde bereits in der Kommission Kreisel Ochsenplatz diskutiert. Man sollte die gleichen Gestalter, also das Büro Hager beauftragen oder mindestens befragen, ob sie diese Kreiselmittegestaltung im gleichen Sinne und Konzept wie man jetzt dieses grosse Werk angepackt hat, mit diesem Kreiselmittelpunkt finden kann. Das wäre sehr schön und gehört zu dieser ganzen Konzeptgestaltung. Wir werden dieser Vorlage zustimmen. Wir können aber auch mit einer Kommission leben.

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich glaube es ist schon fast alles gesagt worden und die Fraktion der CVP kann sich einer 7-er Kommission gut anschliessen.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS unterstützt das Projekt. Diese Vorlage ist das Resultat einer breit abgestützten Arbeit der Begleitkommission. Es waren viele Beteiligten vorhanden und sie konnten all ihre Interessen darlegen und Kompromisse schliessen, die zu diesem guten Resultat geführt haben. In der Detailberatung oder Kommissionsberatung sind dann vielleicht noch einige Punkte zu klären. Etwa



der Grünanteil unterhalb des "optimalen Kronenansatzes auf 4 Meter Höhe". Ich finde es wichtig, dass das Zentrum lebt und die Gestaltung darf auf keinen Fall steril wirken. Wir in Neuhausen brauchen ein Zentrum das lebt, indem es Freude macht zu verweilen, machen wir vorwärts und stimmen dem Antrag zu.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Die SP erachtet diese Vorlage ebenfalls als notwendig und als grundsätzlich gut. Das meiste ist bereits gesagt worden. Wir haben aber auch noch ein paar Fragen im Detail. Wir möchten vielleicht nochmals zurückkommen auf ein verstärktes Element Wasser und auch noch die Frage, irgendwo ist ein altes Modell herumgegeistert. Wir möchten diskutieren über den personellen Aufwand für den Unterhalt. Was das betrifft. Uns reuen im Übrigen die Auslagen für die Drähte nicht so unheimlich, sondern wir finden sie als richtig. Dann wollen wir anschauen, wie die Anstösser beitragen können zur Möblierung und Fassadengestaltung. Wir wollen uns für die Fussgängerstreifen wehren, dass diese dann auch wirklich realisiert werden und denke, dass es vielleicht noch andere Möglichkeiten als Orientierungshilfen für Blinde und Blindenhunde gibt. Das möchten wir gerne in einer Kommission diskutieren. Wir haben an eine 5-er Kommission gedacht aber wir haben sicher kein Problem mit einer 7-er Kommission.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die sehr gute Aufnahme dieser Vorlage. Ich habe Ihnen bereits in meinem Eintretensvotum gesagt, dass ich mit einer Kommission rechne. Wir haben bereits das entsprechende Formular für die Terminabsprache vorbereitet. Die Gemeindeschreiberin wird das dann in Zirkulation geben, sobald wir wissen, wer dieser Kommission angehört. Der Hinweis, auf Liegenschaften, die nicht ganz so gut unterhalten sind, den habe ich beinahe erwartet. Ich kann Ihnen versichern, dass der Gemeinderat für die Durchsetzung des kantonalen Baugesetzes und der kommunalen Bauordnung in geeigneter Weise sorgen wird. Die verschiedenen aufgeworfenen Fragen, denke ich, wird der Gemeinderat am besten in der Kommission beantworten können.



Zur Vorberatung dieses Geschäftes wird mit 19 : 0 eine 7-er Kommission eingesetzt. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Ernst Schläpfer (SP), Präsidium

Jakob Walter (SP)

Ueli Furrer (ÖBS)

Rolf Forster (SVP)

Albert Gysin (SVP)

Markus Anderegg (FDP)

Christian Di Ronco (CVP)

Das Geschäft ist vorerst erledigt.

TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Rheinfallgebiet / Laufenareal

Eintretensdebatte:

ER Christian Di Ronco (CVP)

An der Einwohnerratssitzung vom 9. März 2006 wurde der Bericht und Antrag zum Laufenareal verabschiedet. Wir alle waren euphorisch und der Meinung "jetzt läuft öppis am Rhyfall!" Anderthalb Jahre später sitzen wir hier und debattieren erneut über das Laufenareal. Anstelle von Euphorie ist Ernüchterung eingetreten. Die CVP hat sich intensiv mit dem vorliegenden Bericht befasst und ich kann es kurz zusammenfassen. Der Gemeinderat leistet erfolgreiche Arbeit und treibt das Projekt vorwärts. Der Kanton Zürich hat sich praktisch verabschiedet. Der Kanton Schaffhausen und die Pensionskasse halten sich bei der Kostenbeteiligung vornehm zurück. Die vom Kanton eingesetzte Arbeitsgruppe scheint ins Stocken geraten zu sein. Viele Teilprojekte sind gestartet worden, welche bisher Kosten für Projektierungen verursacht haben. Der wichtigste Mosaikstein, man kann auch sagen das Fundament, die Rheinfallgesellschaft, welche für das Gelingen dieses Projektes nötig ist, existiert bis heute noch nicht. Nur wenn alle Parteien bzw. Grundeigentümer mit im Boot sind, geht es erfolgreich vorwärts. Auch die Frage des Kostenteilers wäre dann geklärt. Dies ist bis heute bei weitem nicht der Fall. Die CVP ist der Meinung, dass der Kostenteiler erneut zu Ungunsten der Gemeinde Neuhausen ist. Es stellen sich viele Fragen. Wie ist dieser Kostenteiler entstanden? Warum wurde er nicht in der Begleitgruppe besprochen oder verabschiedet? Weshalb muss die Gemeinde für die Studie des Schrägliftes selber bezahlen? Es kann nicht sein, dass sich einzelne Akteure am Rheinfall sich der Verantwortung entziehen. So nach dem Motto: "Profitieren und nichts bezahlen!" Die CVP ist über die momentane Projektentwicklung nicht glücklich und wird weitere Kredite davon abhängig machen, ob diese Rheinfallgesellschaft besteht und eine Zusammenstellung der noch zu erwartenden Kosten vorliegt. Wir erwarten von allen Akteuren am Rheinfall mehr Engagement und Wille zu zeigen das Projekt vorwärts zu treiben und nicht nur alles der Gemeinde Neuhausen zu überlassen. An dieser Stelle möchten wir dem Gemeinderat danken für das grosse Engagement und ermuntern ihn, die Projekte im Laufenareal vorwärts zu treiben. Sich von Rückschlägen nicht aus der Bahn werfen zu lassen. Die CVP wird auf die Vorlage eintreten, denn wir wollen ja nicht als Verhinderer gelten und das Geld ist eh schon ausgegeben.



ER Jakob Walter (SP)

Ich kann den Schluss vorwegnehmen. Das Geld ist ja schon ausgegeben und zugesagt. Wir können also gar nicht anders, als den Kredit zu genehmigen und ich selber habe die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, dass unsere Gemeinde irgendwann einen Gegenwert dafür erhalten wird. Nach dem Erwerb des Laufenareals und dem Einholen von Meinungen aus der Bevölkerung entstand in der kommunalen Arbeitsgruppe so etwas wie Aufbruchstimmung. Es kam eine sehr weitgehende Einigkeit zustanden, in welche Richtung die Entwicklung gehen sollte. Eigentlich hätte man mit dem Umsetzen beginnen können, wobei auch mir einsehen, dass eine Koordination mit den übrigen Mitspielern am Rheinfall sinnvoll ist. Aber dann setzte der Regierungsrat eine neue Arbeitsgruppe ein und bestimmte den Staatschreiber Reto Dubach als neuen Leiter und seither kommt die Sache nicht mehr vom Fleck. Die Bremser haben Oberhand. Es wird leeres Stroh gedroschen, die Aufbruchstimmung ist dahin. Wir kennen Mitglieder, die deshalb der letzten Sitzung der Begleitgruppe fernblieben und weitere, die mit diesem Schritt liebäugeln. Das am weiteste entwickelte Teilprojekt befasst sich mit der Gestaltung der Wegweiser. Nur weiss noch niemand, wohin sie weisen sollen. Wir fordern den Gemeinderat dringend auf, dem schlechten Geld – den heute zu bewilligenden Fr. 200'000.00 – nicht Gutes nachzuwerfen, sich aus der Dubach'schen Arbeitsgruppe auszuklinken, Pflöcke einzuschlagen und seinen Spielraum selbstbewusst und eigenverantwortlich zu nutzen. Investieren Sie unser Geld ins Laufenareal und nicht in noch mehr Studien! Wir sind bereit, dabei verantwortungsvoll mitzuwirken.

ER Walter Herrmann (FDP)

Den Rucksack haben wir gepackt und jetzt müssen wir weitermarschieren. Das uns die Belebung des Rheinfallgebietes mit dem Kauf des Laufenareals von Beginn weg viel Geld kosten wird, wurde dem Einwohnerrat aber auch dem Stimmbürger klar kommuniziert. Nur die jährliche Zinsenunterhaltbelastung von über Fr. 100'000.00 sondern auch die Kosten für die jeweiligen Projektarbeiten wurde mit der Abstimmung zur Kenntnis genommen. Infraconsult Bern hat die Vorarbeit nahezu abgeschlossen. Für die einzelnen Teilprojekte müssen nun Planer zugezogen werden. Diese Kosten werden teils zwischen den einzelnen Akteuren aufgeteilt, der Rest von unserer Gemeinde finanziert. Wir kommen nun nicht darum herum, diesem Kreditbegehren zuzustimmen. Die Begleitgruppe war an ihren verschiedenen Sitzungen einhellig der Meinung, dass im Einklang mit der Natur etwas zur Attraktivierung des ganzen Rheinfallareals geschehen



muss. Die FDP Fraktion kann darum nicht verstehen, dass jetzt wiederum einzelne Amtsstellen entgegen den Bestrebungen der Neuhauser Bevölkerung, Kleinmassnahmen zur Verbesserung, wie zum Beispiel die neue Beleuchtung oder die Trampolinanlage mit fadenscheinigen Argumenten zu verhindern oder zumindest blockieren versuchen. Man darf das nicht gerade so negativ betrachten, wie das die Presse tat, aber wenn das seitens der Behörden so weitergeht, dann "guet Nacht"! Trotz dem oben angesprochenen Dämpfer ist unser Optimismus noch nicht gedämpft. Die FDP Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

ER Willi Josel (SVP)

Wir können uns bei vielen Bemerkungen anschliessen und ich brauche sie nicht zu wiederholen. Ich selber bin ja auch Mitglied in dieser Begleitkommission und manchmal habe ich schon das Gefühl gehabt, weshalb wir eigentlich da sitzen. Ich konnte das eine oder andere Projekt absegnen und die Prioritäten anders setzen aber uns ist dann auch zuwenig gegangen. Es hat natürlich auch Teilnehmer darin, die noch nie ein Wort gesagt haben und die hören auch nicht gerne zu. Es gibt solche die kommen später und gehen früher. Auch da stellt man sich wirklich die Frage, ob das noch etwas bringt dort mitzumachen. Ich bin bereit dort mitzumachen, aber ich gehe nicht oft dort zufrieden hinaus. Vielleicht auch zu den positiven Seiten. Es geht vorwärts, aber langsam. Es hat lang gedauert, bis es vorwärts geht. Wir befinden uns jetzt langsam auf einem Weg, den man gehen kann. Der Kostenverteiler ist mir auch manchmal schleierhaft. Ich möchte etwas Positives herausnehmen. Das ist für mich der Imbissstand vom Müller Beck. Herzlichen Dank diesem Gewerbetreibenden, der hier etwas macht und sich einsetzt, jetzt natürlich auch einen Dämpfer gekriegt hat, weil diese Trampolinanlage nicht bewilligt worden ist. Das sind Initiativen, die wir schätzen und die wir als Gewerbetriebe gerne zur Kenntnis nehmen können. Auch der indische Imbissstand für Leute, die unsere Essen nicht mögen, mag eine gute Idee sein, warum nicht machen. Die Leute sollen sich wohl fühlen. Man muss aber genaue Instruktionen verlangen, wie man sich bei uns verhält und was man genau tun muss. Man kann nicht einfach Oel auf den Boden oder ins Gras leeren. Das soll vorgekommen sein. Man muss diese Leute genau instruieren, was man tun muss. Was sehr gut ist, finde ich der Bankomat. Wir wollen ja, dass die Leute Geld ausgeben und man gibt ihnen so auch die Gelegenheit, Geld abzuheben und zu holen. Bed & Breakfast finde ich auch sehr gut. Wir sind ja auf dem europäischen Veloweg Nr. 5. Wir wollen die Leute zu uns bringen und sollen bei uns preisgünstig übernachten können und müssen nicht auf die Gegenseite ins Schloss Laufen. Was mich sehr stört, dass das Trampolin nicht bewilligt worden ist und der Gemeinderat hat gut daran getan, hier eine Einsprache zu machen



beim Regierungsrat. Mich würde das dann noch etwas mehr im Detail interessieren, weshalb das so ist. Wenn das nötig sein sollte, hier beim Kanton zu intervenieren, dann überlegen wir uns im Kantonsrat einen Vorstoss zu machen und etwas zu tun. Da werden mit Sicherheit alle mitmachen. Was wir aufpassen müssen, ist die Einflussmöglichkeit. Wenn wir daran denken, sind wir in der Kommission in der Minderheit. Wir haben das Gelände gekauft und die Fr. 1.6 Mio. ausgegeben um quasi die "Macht" über dieses Gebiet zu haben, damit nicht andere darüber bestimmen. Da ist mir ein Punkt doch etwas sauer aufgestossen. Ich habe das damals schon in der Kommission gesagt. Ich komme auf die Seite 9, 3.5.2 Arbeitsschritte, G) Liegenschaften auf den Markt bringen (Verkauf oder Baurecht). Wir haben das Gelände gekauft, damit wir versuchen zu bestimmen was dort geschieht und ich bin vehement dagegen, dass man dieses Gelände jetzt verkaufen will. Wenn es darum geht, es in eine Stiftung einzubringen, dann habe ich nichts dagegen, aber dann muss diese Stiftung so besetzt sein, dass auch die Gemeinde mindestens gleich viele Stimmen hat, als alle anderen. Es kann nicht sein, dass wir das abgeben, dass wiederum andere darüber bestimmen. Da müssen wir aufpassen, dass das nicht geschieht. Es gibt positive Ansätze. Es ist ein guter Weg. Es bleibt uns natürlich nichts anderes übrig, als hier zuzustimmen. Es wurde gesagt, mehr Ergebnisse und weniger Untersuchungen. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS konnte von Beginn weg in der Begleitgruppe mitmachen. Die Arbeit in der ersten Phase unter Leitung des Gemeindepräsidenten war geprägt von Willen und etwas Gescheites in näherer Zukunft auf die Beine zu stellen. Mitarbeit und Mitdenken war gefragt. Alle Interessierten wurden miteinbezogen. Es wurde in Arbeitsgruppen gestritten und gearbeitet und es wurde mit Respekt mit unserem Naturdenkmal umgegangen. Seit der Kanton die Federführung übernommen hat, hat sich alles verlangsamt und ich merke, dass ich nicht der einzige bin, der das feststellt. Die Begleitgruppe ist an der letzten Sitzung überhaupt nicht zu Wort gekommen. Es wurde nur einseitig von der Kerngruppe informiert. Sämtliche Teilprojekte, wenn ich die Unterlagen anschau, haben erhebliche Verspätungen auf dem Terminplan. Die meisten etwa ein Jahr. Es fällt auf, dass bei den Kosten, die wir nun berappen müssen, die Gemeinde Neuhausen wie ein Auftraggeber behandelt wird. Sie muss jeweils das bezahlen, was die anderen beteiligten nicht übernehmen. Leider hat die Gemeinde diese Leaderrolle inhaltlich nicht mehr und ich bin der Meinung, dass der Gemeinderat selbst vorwärts machen soll, dort wo immer ein wenig Spielraum dazu besteht. Nicht auf die anderen warten, bis der ganze träge Karren in Gang kommt. Ich stimme dem Antrag des Gemeinderates ohne grosse Begeisterung zu.



GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen auch hier für die zumindest wohlwollende Aufnahme dieser Vorlage auch wenn sie teilweise ohne Begeisterung ist und für mich ist es eigentlich auch ein Spiegel der Komplexität dieser Vorlage. Nicht die Kreditgewährung selbstverständlich sondern die ganze Begründung, denn Sie haben einen ganzen Strauss von Meinungen, Ansichten und Hinweisen vorgebracht. Ich werde versuchen – soweit es mir möglich ist – darauf einzugehen. Ein Kernpunkt, der fast bei allen Fraktionen gekommen ist, ist die Verlangsamung des Vorgehens, wie es ER Ueli Furrer formuliert hat. Ich kann Ihnen nicht widersprechen. Das ist so. Auch ich bin der Ansicht, es müsste schneller gehen. Wir sind eigentlich in der Situation, in der wir nicht zuwarten können. Es ist aber ein Unterschied zur ersten Arbeitsgruppe. Wir haben nun Partner und wir müssen auch diese Interessen unter einen Hut bringen. Die Interessen dieser Partner sind nicht immer parallel. Es sind verschiedene Interessen. Es werden z.T. verschiedene Schwerpunkte gesetzt und wir mussten uns darauf einigen in welche Richtung wir gehen. Für mich ist es schon ein grosser Erfolg, dass wir immer noch unterwegs sind auf dem Weg. Er mag zwar steinig, manchmal auch steil sein, aber wir sind noch unterwegs. Alle Versuche der letzten Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte, sind längst vorher gescheitert. Sie können sich sicher noch bestens erinnern an Rheinfall 2000plus. Dort ist man sehr schnell vorwärts gegangen, um dann um so schnell auch wieder zu scheitern. Der Regierungsrat hat bewusst den Staatsschreiber eingesetzt für diese Arbeitsgruppe und zwar deshalb weil sich gezeigt hat, dass der Rheinfall eine Querschnittsaufgabe ist. Sie sehen das aus dem Bericht des Gemeinderates wie viele verschiedene Aspekte es gibt. Es kann nicht die Aufgabe des Staatsschreibers sein auf alle Wünsche einzugehen, die die einzelnen Teilnehmer der Steuerungsgruppe machen sondern er muss diese bündeln und ich denke er hat das gut gemacht. Wir sind unterwegs. Sie sehen auch aus den Sitzungsrhythmen heraus. Wir haben sehr intensiv gearbeitet. Wir haben vielleicht nicht so viele umsetzungsreife Massnahmen machen können, aber wir sind im Grundproblem, nämlich die Rheinfallgesellschaft, sind wir auf sehr gutem Weg. Als wir im Januar 2006 angefangen haben, habe ich nicht wirklich erwartet, dass wir wirklich zu einer Rheinfallgesellschaft kommen werden. Heute kann ich Ihnen guten Gewissens sagen, dass wir kurz vor der Gründung einer solchen Rheinfallgesellschaft stehen. Wir werden in nächster Zeit die Begleitgruppe dazu informieren und anschliessend werden die Exekutiven, sprich der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen und der Gemeinderat Neuhausen am Rheinfall, dazu Stellung nehmen, anschliessend liegt der Ball dann bei Ihnen und möglicherweise auch im Kantonsrat. Sie sehen daraus mit welchen bedeutsamen Elementen wir es zu tun haben. Wir



sprechen von Werten in Millionenhöhe. Wir sprechen hier nicht von einzelnen Wegweisern sondern wir sprechen von Liegenschaften die z.T. während hunderten von Jahren in unveränderten Besitzen waren. Wir mussten uns auch klar werden, was ist die Rolle des Kantons Zürich. Die CVP hat etwas gar überspitzt gesagt: Der Kanton Zürich hat sich verabschiedet. Dem ist sicher nicht so, aber schauen Sie einmal auf die Karte, wo das Schloss Laufen liegt. Wenn wir den Kanton Zürich anschauen, ist das nicht unbedingt das Gravitationszentrum im Kanton Zürich sondern eine ausgesprochene Randlage und entsprechend interessieren sich die Zürcher Regierungsräte auch nicht jeden Tag um das Geschehen dort. Das bedeutet auch, dass wir für kleine Schritte immer wieder einen Konsens z.T. mit intensiven Gesprächen suchen mussten. Wir haben diesen auch gefunden und ich denke das ist wirklich der ganz grosse Schritt, den wir jetzt geschafft haben. Es hat mich daher auch überrascht, wenn die Presse geschrieben hat, die erste Massnahme am Rheinfall sei gescheitert. Das ist natürlich überhaupt nicht so. Die erste Massnahme, die wir am Rheinfall unternommen haben, war der Kauf des Laufenareals und dessen Öffnung und das ist ein Erfolg. Die Leute gehen nun auch durch das Laufenareal. Sie müssen das wieder für sich gewinnen. Wir Neuhauser sind es uns gar nicht gewohnt, dass wir durch dieses Areal hindurch gehen dürfen. Es war ja generationenlang verboten. Das braucht auch wieder eine gewisse Zeit. Da sind wir wirklich gut unterwegs. Das einzige Projekt sei mitunter gut unterwegs bezüglich der Schilder. Da muss ich deutlich widersprechen. Derjenige Projektführer, der vom Kanton zuständig ist, der hat ein Vorschlag gemacht, den die Steuerungsgruppe nicht akzeptieren konnte. Wir haben uns entschieden, das Projekt der Stadt Schaffhausen zu übernehmen und ich denke das war ein guter Entscheid, so dass in der Agglomeration Schaffhausen/Rheinfall die gleiche Art von Hinweisschildern stehen. Wir haben bereits jetzt im Budget 2007 einen grösseren Betrag. Wir werden ihn im Jahr 2007 nicht benötigen, deshalb wird er 2008 wieder erscheinen, aber dort werden wir tatsächlich etwas bekommen. Es ist auch bereits klar, worauf die Hinweise gehen werden. Der Rheinfall ändert sich nämlich nicht so rasch. Dies ist auch ein ganz typisches Beispiel. Wir sprechen dort von einer Investition in der Grössenordnung von einer halben Million. Dort wird der Kanton einen Hauptanteil übernehmen müssen. Dort werden wir irgendwo zwischen 10 und 20 % höchstens bezahlen müssen und hier sehen Sie, der Kostenteiler hat verschiedene Faktoren. Einerseits geht es um die Bedeutung des Projekts für das gesamte Gebiet. Dann geht es um die konkreten Interessen, die ein Beteiligter hat und dann geht es auch darum, wie die Priorisierung von den Partnern beurteilt wird. Bezüglich des Rheinfallmobils ist es so, dass Neuhausen am Rheinfall die Priorität anders beurteilt als der Kanton. Wir haben auch im Bericht darauf hingewiesen, dass wir eigentlich zuversichtlich sind, dass wir einen rechten Teil der Kosten mit Sponsorengelder bekommen werden. Wir werden aber einen Teil vorschliessen müssen. Für Projektstudien sind kaum Sponsorengelder freizukriegen.



Wenn der Kanton sagt, wir brauchen diesen Schräglift nicht, dann müssen wir dies akzeptieren. Es gibt dafür anderen Bereiche, in denen wir deutlich weniger bezahlen z.B. die ganzen Abklärungen über das touristische Angebot, das am Rheinfall kommen soll. Da zahlt der Kanton ca. 90 %. Ich denke, auch wir werden davon profitieren. Es ist richtig, dass die Gemeinde selbständig – jemand hat noch gesagt selbstbewusst – handeln soll, wenn der nötige Spielraum vorhanden ist. Das ist auch die Absicht des Gemeinderates. Aber Sie müssen sich klar sein, wir sprechen hier nicht von Investitionen im tiefen sechsstelligen Bereich, sondern wir sprechen von Millionenbeiträgen. Wir sprechen von Investitionen irgendwo zwischen 20 und 30 Millionen. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, wie unsere Verschuldung aussieht, dann können wir nicht einfach nochmals 30 Millionen hinzulegen. Deshalb ist auch die Frage natürlich des Baurechts oder des Verkaufs einzelner Liegenschaften. Darauf wurde bereits in der Botschaft beim Kauf des gesamten Grundstückes Laufenareal darauf hingewiesen, dass das eine Möglichkeit sein. Ich bin aber auch der Ansicht mit ER Willi Josel, dass eine Stiftung im Vordergrund stehen dürfte aber wir müssen uns klar sein, wir können nicht aus eigener Kraft dieses grosse Gebiet revitalisieren. Bereits heute muss ich Ihnen sagen sprengt es an sich den Rahmen der Kapazität der Gemeinde. Alle diese Projekte nehmen derart viel Zeit in Anspruch der Gemeindegemeinderin, des Bausekretärs, der Mitarbeiter der Bauverwaltung, der Gemeindegärtnerei, des Gesamtgemeinderates und schliesslich und endlich auch von mir in Anspruch, wie es keine andere Aufgabe in unserer Gemeinde macht. Auch hier muss man bedenken, wie weit kann sich die Gemeinde tatsächlich engagieren auf Dauer in dieser Intensität, die wir heute haben. Es ist richtig, dass einzelne Projekte, gegenüber dem geplanten Ablauf im Rückstand sind. Das macht aber an sich nichts, wenn Sie sich dessen bewusst sind, dass wir über eine Zeitdauer von 10 möglicherweise gar 15 Jahren sprechen. Dann wird es immer wieder solche Verschiebungen und Veränderungen geben. Ich kann Ihnen aber auch versichern, dass ich nicht der Ansicht bin, dass wir bis jetzt schlechtes Geld ausgegeben haben. Dieser Ansicht bin ich nicht. Die Kenntnisse, die wir gewonnen haben, gehen auf keinen Fall verloren. Sie haben auch gesehen, in einigen Projekten hat die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall den Lead, wir bestimmen, wie schnell in diesen Teilprojekten vorwärtsgearbeitet wird und ich denke, wie auch immer dieses Gesamtprojekt am Schluss endet. Wir werden ganz sicher davon profitieren können. Das war bei früheren Projekten nicht der Fall. Deshalb bin ich froh, trotz aller kritischen Stimmen, die Sie hier vorgebracht haben und für die ich teilweise auch Verständnis habe, dass alle Fraktionen bereit sind, den Kredit zu sprechen. Ich kann Ihnen versichern, das Geld ist gut investiert. Der Gemeinderat wird Ihnen ganz sicher mitteilen, wenn wir der Ansicht sind, dass wir auf dem falschen Weg sind. Besten Dank.

Detailberatung:

ER Jakob Walter (SP)

Seite 3:

Hier finde ich wieder die sprachliche Missgeburt "Haus Mühlerad". Ich bitte Sie künftig darauf zu verzichten. Es trifft zu, dass an diesem Haus ein Mühlerad hängt, aber wenn an einem Haus ein Fensterladen hängt, macht dies das Haus ja auch nicht zum "Haus Fensterladen". Eine hübsche Alternative wäre "Alte Mühle". So steht es nämlich auf dem Schild beim Mühlerad.

GP Stephan Rawyler

Wir haben Ihnen absichtlich einen Plan beigelegt. Darauf finden Sie die Nummer 17. Wir haben die Absicht, die Häuser künftig so zu bezeichnen. Also Laufengasse 17.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Seite 6: Projekt für Zufahrtsmöglichkeiten für Radfahrende und die erforderlichen Infrastrukturen

Das Projekt ist auf gutem Weg, aber die Abstellplätze wie auch die abschliessbaren Boxen für geparkte Velos warten immer noch auf die Realisierung. Der Balken beginnt beim Jahr 2006 und endet auch dort. Es gibt aber bis jetzt keine sicheren Abstellplätze und wir müssen daran denken, jeder Velotourist, der sich nicht traut, sich von seinem geparkten Velo zu entfernen, der wird nur zum Kurzzeittourist. Der wird kurz schauen und geht dann wieder, anstatt dass er zum Rheinfallgeniesser wird und vielleicht auf den Felsen fährt u.s.w.

GP Stephan Rawyler

ER Ueli Furrer hat recht. Diese Abstellplätze fehlen tatsächlich noch und das liegt daran, dass wir uns entschlossen haben zuerst zu schauen, wohin soll der Veloverkehr im Rheinfallgebiet tatsächlich gelenkt werden. Nicht zuletzt auch mit der IGA 2017 hat der Veloverkehr eine wirklich zusätzliche Bedeutung erhalten. Wir warten sicher nicht bis 2017. Da müssen Sie keine Angst



haben, aber wir wollen die Abstellplätze gleich am richtigen Ort machen. Wir wollen diese Abstellplätze mit diesen Boxen machen. Das ist die feste Absicht des Gemeinderates, aber es muss wirklich dazu passen. Wohin und woher kommen diese Velos. Wir haben nach wie vor ein gewisses Problem vom eisernen Steg an abwärts bis zum Rheinfallgebiet. Es liegen in der Zwischenzeit Ideen und Skizzen vor. Es gibt auch Grobschätzungen von den Kosten, die uns jedoch wieder etwas ernüchtert haben. Wir werden trotzdem schauen, dass wir möglichst rasch eine Lösung hinkriegen für die Velotouristinnen und –touristen.

ER Jakob Walter (SP)

Seite 10:

Beim "Rheinfallmobil" bedauern wir, dass sich der Gemeinderat auf einen Lift versteift, der bekanntermassen zwei Punkte miteinander verbindet. Der Rheinfall besteht aber nicht aus einem Punkt und auch die Besucher kommen nicht von einem Punkt her! Eine überlegene Alternative wäre ein Züglein, das zwischen Burgunwiese und Nohlemer Parkplatz via Rheinfallbecken und eine allfällige Bahn-Haltestelle pendelt und an verschiedenen Punkten das Ein- und Aussteigen erlaubt. Ein solches Züglein würde nicht nur sämtliche Punkte von Bedeutung miteinander verbinden, sondern wäre auch attraktiv für Besucher, welche etwas sehen möchten, aber nicht weit marschieren können oder wollen. Und für ein solches Züglein gibt's bereits Abklärungen, eine Offerte und einen möglichen Betreiber und Investor.

GP Stephan Rawyler

Die Idee eines Zügleins ist tatsächlich sympathisch und wurde von der ETH auch angeschaut, hat aber gewichtige Nachteile betrieblicher und auch ökonomischer Natur. Die betrieblichen Nachteile zuerst. Wenn Sie einen Betrieb machen wollen, wie sich das hier der Gemeinderat vorstellt, dann würde das bedeuten, dass dieser Lift während den Betriebszeiten der VBSH in Betrieb wäre. Das bedeutet von morgens 06.30 Uhr bis abends 24.00 Uhr allenfalls 00.30 Uhr. Im automatischen Betrieb überwacht durch Kameras, dass man sich darin sicher fühlen kann. Ein solcher Betrieb ist an 365 Tagen im Jahr möglich wohingegen Sie mit einem Züglein nicht das ganze Jahr hindurch fahren können. Wenn Sie mit vernünftigen personellem Aufwand das machen wollen, können Sie nicht während diesen Betriebszeiten fahren. Das ist völlig unmöglich. Der Komfort ist zwar akzeptabel und lustig für Touristen. Ich sass auch schon in einer solchen Dieselwolke im Züglein,



aber ich meine nach dem 2. oder 3. Mal, wenn Sie mit einem solchen Züglein gefahren sind, dann haben Sie es gesehen. Es ist völlig ungeeignet für Leute in einem Rollstuhl oder Leute mit einem Kinderwagen oder mit einem Rollator. Es ist wirklich mühsam, wenn Sie in solch ein Züglein einsteigen müssen. Es ist äusserst ruckig. In den Ferien findet man das lustig, wenn man aber vielleicht an Weihnachten schön und gepflegt essen gehen möchte, ist das nicht gerade das, was man braucht. Wir haben auch das Problem der Schneeräumung. Das Rheinfallgebiet ist nicht in der obersten Priorität der Schneeräumung und wenn wir an 365 Tagen fahren wollen, dann geht das eben nicht mit solch einem Züglein. Wenn jemand aber ein solches Züglein fahren will, ist es für mich ein zusätzliches Angebot. Wir wissen auch es war jemand bei mir und hat mir sogar Pläne vorgezeigt, schon Fahrpläne vorgezeigt für dieses Jahr. Wie Sie aber alle wissen, es fährt nichts. Wir sind dafür offen, wenn jemand eine Idee hat. Dann der ökonomische Faktor. Wenn Sie an 365 Tagen mit einem Züglein fahren wollen, dann brauchen Sie sehr hohe personelle Ressourcen. Das sind sicher 3 bis 4 Personen, die es braucht. Wenn Sie an die Ablösung und an die Ferien dieser Leute denken und dann sind Sie mit den Kosten in einem Bereich, indem Sie nach wenigen Jahren bereits weit über den Investitionskosten sind. Der Gemeinderat hat das Projekt noch nicht studiert. Wir im Planungsreferat sind zur Zeit der Ansicht, dass wir zwei Lifte machen und zwar Start beim Industriepplatz, erste Etappe Laufengasse 17 und dann muss man ein Stück spazieren und von der Laufengasse 17 gehts dann mit einem zweiten Lift hinunter mehr oder weniger gerade hinaus ins Rheinfallbecken hinunter parallel zum Rheinkraftwerk. Dann haben wir den Höhenunterschied überwunden wie jüngst auch eine Leserbriefschreiberin aus Schaffhausen moniert hat. Das ist genau ein Punkt, der immer wieder erwähnt wird. Wir denken auch, dass das Billett der VBSH gleichzeitig das Billett auch für diesen Lift ist. Es ist einfach ein weiteres Element in unserem öffentlichen Verkehrsnetz.

GP Stephan Rawyler

Seite 15:

Damit keine falschen Gerüchte hier auftauchen beim Ibissstand Gourmet-India. Diesem wurde nie vorgeworfen, dass er Oel ins Gras ausgeschüttet habe. Einfach das das hier festgehalten ist. Das war nicht Imbissstand Gourmet-India.



ER Jakob Walter (SP)

Seite 16:

Die vorgesehene Trampolin-Anlage liegt am alleräussersten Rande des Konsensus der ersten Arbeitsgruppe! Eine Entwicklung zum Rummelplatz wurde damals von allen abgelehnt. So erfreulich es wäre, wenn endlich einmal etwas anderes als Studien entstünden: Bitte nicht weiter in diese Richtung!

GP Stephan Rawyler

Ich kann Ihnen versichern, es ist kein Rummelplatz, den hier der Gemeinderat vorgesehen hat. Das wäre wirklich etwas gewesen, das sehr gut mit dem Rheinfallbecken harmoniert hätte. Die SVP hat ja noch gefragt, was da genau die Gründe gewesen seien. Das kann ich Ihnen sagen. Wir haben vom Bauinspektorat einen sehr kurzen Brief erhalten, der darauf basiert, dass in dieser Zone grundsätzlich keine Bauzone ist. Gemäss unserer Bauordnung ist dort keine Bauzone, aber es ist dann das Bauen gestattet, wenn ein sehr enger Zusammenhang zu einer touristischen Einrichtung besteht, die andernorts nicht errichtet werden kann. Das lässt natürlich nun ein grosses Ermessen in beide Richtungen zu. Der Gemeinderat hat das so ausgelegt, dass er gesagt hat, die gemeinderätliche Arbeitsgruppe hat gesagt, man soll etwas ähnliches machen wie der Spielplatz Grün 80. Das war eine Idee, die gekommen ist. Man müsse etwas in diese Richtung machen und deshalb bin ich der Ansicht, wie sind noch gut innerhalb dieses Perimeters, den die Arbeitsgruppe gesteckt hat, zumal wir als Auflage vorgesehen hätten z.B. keine Musik, keine Leuchteffekte, discoähnliche Sachen. Das wäre alles nicht möglich gewesen. So als wäre es wirklich eher eine sportliche Attraktion gewesen. Der Bauinspektor ist der Ansicht, dass das eine "Chilbiattraktion" sei, ohne das aber mit irgendwelchen Argumenten zu begründen und der Entscheid des Regierungsrates ist weiterhin ausstehend. Er wurde mir versprochen für diese Woche, aber ich habe noch nichts. Ich bin gespannt, wie es herauskommt.

ER Jakob Walter (SP)

Seite 17:

Es freut uns natürlich, wenn auch der Gemeinderat die Erfordernis einer Veloverbindung von der Flurlinger Brücke zum Rheinfall erkennt. Als wir am 18. August 1999 eine entsprechende Motion einreichten, war diese Einsicht noch nicht vorhanden. Erne hätten wir schon vor 8 Jahren "Bravo" gesagt. Nun sagen wir halt jetzt: Bravo!

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Seite 17: Festifall

Das Festifall hat bereits zum dritten Mal stattgefunden. Ich bin auch das dritte Mal dabei gewesen. Solche Veranstaltungen sind sehr gut. Die passen zum Rheinfall und sind International und haben eine grosse Ausstrahlung. Vielen Dank für diese Richtung. Ich hoffe dass das so weitergeht.

Antrag:

Für die Entwicklung des Rheinfallgebiets samt dem Laufenareal wird ein Kredit von Fr. 191'084.50 bewilligt, davon Fr. 130'000.00 zu Lasten der Rechnung 2007.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Mobilfunkantennen

GP Stephan Rawyler

Der Gemeinderat legt Ihnen einen Bericht und Antrag zu den Mobilfunkantennen vor, wobei er über den von ihm gestellten Antrag nicht glücklich ist. Ich kann deshalb schon vorweg sagen, wenn der Einwohnerrat zu besseren Lösungen findet, dann wird sich der Gemeinderat nicht wehren. So sind wir nicht glücklich über unseren eigenen Antrag.

Mobilfunkantennen machen in der ganzen Schweiz Ärger. Zu sagen ist, dass sich der Markt ganz offenbar anders entwickelt. Ich habe Ihnen die Zahlen mitgeteilt. Es sind 2005 sage und schreibe 6.8 Millionen Anschlüsse Mobiltelefone. Das ist eine Zunahme von 8.9 %, auch wenn man davon ausgeht, dass es in künftigen Jahren nur noch mit dem Bruttosozialprodukt von schätzungsweise 2 % pro Jahr zunimmt, ist das immer noch eine respektable Zunahme aufgrund des Grundwertes von dem wir ausgehen. Die Festanschlüsse andererseits sind 2005 auf 3.8 Millionen zurückgegangen. Immerhin ein Rückgang von 2.8 % in einem Jahr. Wenn man mich als Laie einfach so gefragt hätte, dann hätte ich gesagt, wir hätten mehr Festanschlüsse als Mobilfunk, aber dem ist nicht so. Das Bedürfnis nach mobiler Kommunikation ist offenbar fast ungebremst. Es braucht die Möglichkeit offenbar in jeder Albhütte sich die neuesten E-Mails anschauen können, sich nun auf dem kleinst möglichen LCD-Bildschirm Fussballresultate anzusehen. Ich sage nicht, dass diese bald in den Menschenrechtskatalog aufgenommen wird, aber es ist offenbar so, dass viele Zeitgenossen finden, ohne Mobiltelefon im Hosensack seien sie eigentlich nicht richtig angezogen. Wir haben versucht eine kreative Lösung zu finden und ich muss Ihnen sagen, der Gemeinderat ist enttäuscht über die Haltung des Baudepartements. Die minimale Bewegungsfreiheit, die nach Ansicht des Gemeinderates und auch nach Ansicht der zugezogenen Fachleute tatsächlich bestehen würde, hat das Baudepartement uns nicht zugestehen wollen. Sie haben in Ihren Unterlagen den Entwurf für die mögliche Teilrevision, die wir vorgesehen haben und die aber in keinem Punkt die Gnade des Baudepartements gefunden hat in der vom Gesetz vorgeschriebenen Vorprüfung. Der Grundgedanke unserer Teilrevision: Heute versuchen die Mobilfunkantennenbetreiber möglichst grosse Antennen zu machen mit denen sie praktisch die ganze Gemeinde abdecken können. Jüngst war ein Betreiber bei mir. Eigentlich brauche er in unsere Gemeinde zwischen 12 und 15 Antennen um einen genügenden Empfang sicher zu stellen. Ich habe ihm dann aber gesagt nach meinen Erkundigungen sei das ja heute schon problemlos möglich mit den 2 bis 3 Antennen, die er heute hat. Die Antwort war dann ja, im



Moment sei das so, aber künftig sei das nicht mehr so, dann brauche er einiges mehr Kapazität. Dem wollten wir entgegenwirken, dass die Zonenkonformität, d.h. dass eine solche Baute nur dort gestattet ist, wo es eben zonenkonform ist. Das bedeutet eine Antenne in einem Wohngebiet darf nur so stark sein, dass sie dieses Wohngebiet versorgen kann. Sie darf aber nicht so stark sein, dass ich über das Wohngebiet hinaus die ganze Gemeinde abdecken kann. Also sämtlichen öffentlichen Zonen plus noch die ganze Industrie- und Gewerbezone. Das wäre eine Idee gewesen, die sich in Deutschland durchgesetzt hat. Sie wäre aber in der Schweiz revolutionär gewesen. Manchmal ist eine Idee nicht falsch, man ist einfach nur zu früh. Da habe ich den Eindruck, dass wir einfach noch zu früh sind und das Baudepartement hat meines Erachtens eine Chance verpasst es auszuloten, welchen Spielraum haben die Gemeinden tatsächlich aufgrund des Bundesrechts. Ich bin enttäuscht, dass das Baudepartement nicht gesagt hat, wir lassen das nun mal durch. Die konkrete Anwendung des Gesetzes müssen sie sich ohnehin steht's vorbehalten und dann schauen wir auch einmal, was die Gerichte dazu sagen. Es ist klar, alle Mobilfunkbetreiber hätte natürlich diese Regelung angefochten, denn diese kennen nur ein Ziel möglichst ungehindert möglichst leistungsstarke Antennen zu bauen. Immer unter Berufung auf den Versorgungsauftrag. Da sind wir gleich beim zweiten Punkt, der mich enttäuscht. Der Kanton hat bis heute die ihm obliegende Aufgabe, die Versorgungssicherheit zu definieren, nicht wahrgenommen. Wir wissen heute nicht, welches Mass an Versorgung der Kanton aufgrund seines Richtplans für die Schaffhauser Gemeinden als richtig und erforderlich anschaut. Diese Aufgabe hätte der Kanton wahrnehmen müssen. Da sind wir ebenfalls enttäuscht. Dritter Punkt. Die Mobilfunkbetreiber haben sich mit dem BAKOM über eine Art der Kontrolle geeinigt, die sicherstellen soll, dass die Leistungsstärke ihrer Antennen steht's eingehalten wird. Diese Antennen sind ja nicht plombiert, wie man sich das als Laie vielleicht auch vorstellt, sondern diese Betreiber können ihre Antennen nach ihren Bedürfnissen so anpassen, wie sie es zur Zeit brauchen. Wenn z.B. eine Sportveranstaltung ist, dann kann der Betreiber davon ausgehen, jetzt habe ich ein grosses Bedürfnis nach Leistung und fahre nun die Leistung rauf. Nun ist die Frage der Gemeinde, ob nun der obere Grenzwert eingehalten wird oder nicht. Hier haben wir nun versucht, dieses freiwillige Übereinkommen zwischen BAKOM und Betreiber wenigstens in das kommunale Gesetz aufzunehmen. Dann hätten wir wenigstens auf kommunaler Ebene ein Gesetz in formellem Sinn gehabt. Hier war das Argument wieder des Kantons: Nein, das sei eigentlich nicht angezeigt, es könnte ja Änderungen geben. Wenn Sie dieses Argument aufnehmen, es könnten sich ja Änderungen ergeben, dann können wir eigentlich getrost unsere Sachen zusammenpacken, das war's für heute. Änderungen wird es immer geben. Dann können wir aufhören mit der Gesetzgebung, wenn das ein Grund ist. Die Ästhetik ist auch ein Punkt und es gab jüngst ein Entscheid im Kanton Zürich aus dem Verwaltungsgericht des Kantons Zürich. Es



war ein echter Brocken einer Antenne, die man da bauen wollte, in Männedorf. Dort wurde dann wirklich gesagt, einen 6 Meter hohen Antennenmast und auf halber Masthöhe Querträger sei nun wirklich nicht mehr mit der Ästhetik zu vertreten. "Die Anlage sehe aus wie ein stählerner Christbaum". Ich bin nicht so optimistisch, dass der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen zum gleichen Ergebnis gekommen wäre, wie die Züricher Gerichte. Das Baudepartement ist nach wie vor der Ansicht, dass jede Antenne bauzonkonform sei und deshalb zwingend bewilligt werden müsse. Der Hinweis auf das Babyfon vermag doch noch ein gewisses Schmunzeln zu erwecken. Es war mir nämlich neu, dass ein Babyfon eine Baute im Sinne des Baugesetzes ist. Bis jetzt ging ich immer davon aus, dass man so ein Ding ohne Baubewilligung betreiben kann und versichere Ihnen, dass das zumindest in Neuhausen am Rheinfall weiterhin so sein wird. Das ist keine Baute und Sie können es weiterhin getrost einsetzen. Sie sehen hier auch, mit welchen Argumenten der Kanton gefochten hat. Wie dünn die Argumentation ist, wie er sich zurückzieht auf rein formelle Rückzugsgebiete ohne die berechnete Interessenlage der Bevölkerung in den Gemeinden wahrzunehmen und ich bedauere es, dass er wirklich nicht den Versuch gewagt hat nur weil er mit solcher, meines Erachtens als bundesrechtskonformer Lösung vorzugehen, zuzulassen. Es hätte ihm auch die Möglichkeit offen gestanden, zumindest einmal zeitlich begrenzt dies zuzulassen, im Sinne eines Versuchs. Es ist tatsächlich so, in diesem Bereich ist sehr viel im Fluss.

Diese Situation brachte den Gemeinderat schweren Herzens dazu Ihnen beantragen zu müssen, die Volksmotion "Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk" als erledigt abzuschreiben. Es ist für uns nicht möglich, aufgrund des aktuellen Wissenstandes hier etwas Sinnvolles zu machen. Ich weise Sie auch darauf hin, soweit wir keine Versorgungsplanung seitens des Kantons haben, ist es nicht möglich eine Positiv- oder Negativplanung der Gemeinde zu machen. Deshalb sehe ich keine Möglichkeit, die Volksmotion sinnvoll umsetzen zu können.

Der zweite Vorstoss betraf das Moratorium. Dort müssen wir Ihnen sagen, und das haben wir Ihnen bereits früher schon einmal gesagt, es gibt keinen einzigen Fall in der Schweiz, wo ein Moratorium auf Dauer bestand hält. Die Seite www.gigahertz.ch führt zwar jede Menge solcher Moratoriumsentscheide auf, aber sie ist nicht ganz so konsequent und ehrlich, indem sie nur die erstinstanzlichen Entscheide abdruckt aber nicht sagt, wie dann letztendlich entschieden wurde. Es fehlt dann der Hinweis, wurde dieser Entscheid rechtskräftig oder wurde er nicht rechtskräftig. Wenn man es zumindest stichwortweise verfolgt, dann sieht man, dass ein rechter Teil dieser Entscheide nicht rechtskräftig wurde, sie wurden aufgehoben. Bekanntes Beispiel in der Schweiz ist sicher Stäfa. Es war wirklich vehement gegen diese Mobilfunkantennen vorgegangen und ich muss Ihnen sagen, wir sehen daher keine Chance für ein Moratorium. Die Überprüfung, die ER



Christian Di Ronco erwartet hat, die liegt in der Zwischenzeit vor. Ich bin aber überzeugt, dass gewiss wieder ein Dutzend Studien unterwegs ist. Gesponsert ein Teil von den Mobilfunkgesellschaften und ein Teil von Leuten, die auch bereits wissen, dass es dem Mobilfunk schadet. Wir im Gemeinderat sind nicht klüger als sie, ob es gefährlich ist oder nicht. Sie können sich sicher erinnern, im 19. Jahrhundert gab es berühmte Wissenschaftler, die sagten, fahren mit einem Dampfzug sei lebensgefährlich. Wenn es keine Unfälle gibt, wissen wir heute, dass es nicht so ist. Wir wissen aber auch, anfangs 20. Jahrhunderts der hochgejubelte Werkstoff Asbest. Das Wundermittel im Bau. Wir leiden heute noch unter den Folgen dieses äusserst gefährlichen und tödlichen Baumaterials. Wie es aussieht im Mobilfunk. Das wissen wir vermutlich in 10 bis 20 Jahren, wie es aussieht. Wir wissen dann, ob wir einen groben Fehler gemacht haben oder ob es harmlos ist. Wir müssen Ihnen deshalb auch beantragen, das Postulat von Christian Di Ronco als erledigt abzuschreiben. Wir sehen keine Durchsetzungsmöglichkeit.

Ich habe aber bereits eingangs gesagt, der Gemeinderat ist offen für kluge und innovative Köpfe auf Ihrer Seite. Wir sind ja ein Parlament. Wir haben den Vorteil, dass wir miteinander sprechen können und nicht mit Leserbriefen kommunizieren müssen. Ich bin jetzt gespannt zu Ihrer Stellungnahme zu unserem Bericht und Antrag. Besten Dank.

Eintretensdebatte:

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP ist nicht gegen Handys. Auch wir brauchen diese, aber wir möchten einen geordneten und kontrollierten Bau von Antennen. Wir haben uns mit dem Bericht intensiv befasst. Wir können auch den Ausführungen des Gemeinderates folgen, jedoch ist unsere Schlussfolgerung eine andere. Wir sollten die Flinte nicht ins Korn werfen und aufgeben. Es gibt genügend Gemeinden in der Schweiz, welche vor dem gleichen Problem stehen bzw. standen und mutige möglicherweise zukunftsweisende Entscheide gefällt haben. Betrachten wir mal die einzelnen Punkte, welche die Volksmotion und das Postulat verlangen. Das Resultat der schweizerischen Überprüfung der holländischen Studie ist zwar da, aber unvollständig. Über die langfristigen Auswirkungen wird keine Aussage gemacht. Es hätte mich auch überrascht, wenn die ETH gesagt hätte, es hätte Auswirkungen im kurzfristigen Bereich. Im Jahr 2004 hat das Bundesgericht entschieden, dass die Kantone dafür sorgen müssen, dass die Erstellung dieser Netze nicht zum Ständerwildwuchs



führe. Der Kanton ist hier seit Jahren im Verzug und hat seine Aufgaben nicht erfüllt und dafür sollen wir hier in Neuhausen nun büssen. Der Gemeinderat hat einen Vorschlag für die Anpassung der Bauordnung beim Kanton eingereicht. Das haben wir vorhin gehört. Dieser hat nach unserer Ansicht mit fadenscheinigen Begründungen eine Absage erteilt. Gegen diesen Entscheid sollten wir wirklich antreten. Die CVP wird eine entsprechende Motion auf kantonaler Ebene einreichen. Ich hoffe und gehe davon aus mit Unterschrift aller Neuhauser Kantonsräte. Wir müssen den Kanton zwingen, etwas zu tun. Trotzdem stellen wir uns die Frage, kann die Gemeinde nicht eine Vorreiterrolle einnehmen. Warum nicht revolutionär sein? Nur weil der Kanton zu spät ist. Auch der dritte Punkt des Postulates, die dauernde Überprüfung der Sendeleistung, ist aus unserer Sicht sogar ausgeführt. Im Bericht wird einfach geschrieben, dass zu einer Einführung eines Überwachungssystems vom Bund die Betreiber verpflichtet sind. Hier stellt sich auch die Frage, gibt es heute Antennen in Neuhausen, bei denen keine Kontrolle gemacht wird. Wie erfolgt denn die Kontrolle heute? Die CVP ist aus diesen Überlegungen der Meinung, dass die Anliegen der Volksmotion und des Postulates nicht erfüllt sind und nur weil im Moment scheinbar die Rechtsgrundlagen fehlen, diese heute schon abzuschreiben, wäre wirklich das falsche Signal an unsere Bevölkerung. Aus diesen Überlegungen stellt die CVP den Antrag für Nichteintreten, damit der Gemeinderat die Möglichkeit hat Spielraum zu nutzen und auch die Resultate der Motion abwarten kann.

ER August Hafner (SP)

Als wir hier in diesem Rat die Volksmotion und das Postulat von Christian Di Ronco überwiesen haben mit überwältigendem Mehr war uns allen klar, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde sehr beschränkt ist. Aber ich möchte dem Gemeinderat ein dickes Lob aussprechen – es ist selten, dass ich das mache – denn er hat sich wirklich bemüht mit diesem Bauordnungsentwurf diese beiden Vorstösse, soweit es einer Gemeinde überhaupt möglich ist, zu bearbeiten bzw. in geltendes Recht umzusetzen. Jetzt besteht aus meiner Sicht kein Anlass, wegen dieser negativen Stellungnahme des Planungsamtes, dass da offenbar im Namen des Baudepartements diese Bauordnungsrevision vorgeprüft hat. Auf ihre Genehmigungsfähigkeit hin, die Segel ganz zu Ich habe die Sache gründlich studiert und ich bin da nicht ein blutiger Laie auf diesem Gebiet und ich bin zur Auffassung gelangt, dass namentlich der Artikel 58 b des Gemeinderates, wo es um die Zonenkonformität geht und der Überwachungsartikel Artikel 58 d des Entwurfes nicht von vorn herein Nichtgenehmigungsfähig sind. Ich habe in diesem Bericht und Antrag kein stichhaltiges Argument, dass vom Kanton gekommen wäre entnehmen können, dass wirklich glasklar



nachvollziehbar begründen würde, warum hier die Gemeinde zur Zonenkonformität von Antennenanlagen keine Vorschriften aufstellen könnte. Dieser Artikel ist nach meiner juristischen Einschätzung nicht von vorne herein Nichtgenehmigungsfähig. Dasselbe gilt für den Überwachungsartikel. Der Gemeindepräsident Rawyler hat es ja erwähnt. Hier wurde ja eine Regelung, die zwischen den Mobilfunkbetreibern und dem BAKOM ausgehandelt wurde, übernommen, vom wesentlichen Inhalt her und in kommunales Recht, also in die Bauordnung, überführt und die Überwachung von Bauten und Anlagen das ist eine ureigene baupolizeiliche Aufgabe der Gemeinde. Es will mir nicht einleuchten, warum eine Detailvorschrift, die letztlich auch von den Antennenbetreibern akzeptiert ist, ich hoffe es wenigstens, nicht genehmigungsfähig sein sollte, wenn es umgesetzt wird in eine kantonale Bauordnung. Ich empfehle Ihnen deshalb, diese Bauordnungsrevision, so wie sie hier vorliegt, wie sie vom Gemeinderat beim Baudepartement zur Vorprüfung eingereicht wurde, weiter zu bearbeiten und daran festzuhalten und die offensichtlich nichtgenehmigungsfähigen Punkte, die gibt es auch nach der Stellungnahme des Kantons, so zu glätten oder ganz wegzulassen, dass da doch noch etwas Bewilligungsfähiges daraus entstehen kann und ich empfehle Ihnen jetzt, das auch zu manifestieren, dass die Bauordnung in Bezug auf die Antennenanlagen in Bearbeitung ist. Das Publik zu machen und dafür kennt das kantonale Baugesetz ein Mittel, das ist die sog. Planungszone nach Artikel 25 des kantonalen Baugesetzes, zur Verfügung. Da kann der Gemeinderat diese Absicht zusammen mit dem Hinweis, dass der Bauordnungsentwurf öffentlich aufliege, im Amtsblatt publizieren mit Wirkung, dass für die zulässige Dauer einer solchen Planung und die beträgt erstmals 3 Jahre und kann sogar noch verlängert werden, nur noch Baugesuche bewilligt werden, die diesem künftigen neuen Recht, allenfalls künftigen neuen Recht, nicht widersprechen und ich denke hier jetzt vor allem an die beiden Artikel, die ich vorhin näher umschrieben habe, das ist der Artikel 58 b zur Zonenkonformität und der Artikel 58 d Überwachungsartikel, dass die die Betreiber von Mobilfunkanlagen zwingen werden schon bei der Einreichung des Baugesuchs den Beweis zu erbringen, dass ihre Anlage zonenkonform ist, also darzulegen, dass sie für die Versorgung des unmittelbar umliegenden Gebietes dieser Wohnzone zwingend nötig ist und dieser Nachweis wird nicht sehr einfach zu erbringen sein. Die Mobilfunkbetreiber müssen sich da schon einiges einfallen lassen. Das ist auch richtig so. Sie müssen auch von Anfang an darlegen, dass sie den künftigen Überwachungsartikel einhalten können. Dass ihr Überwachungsmanagement diese Bestimmung erfüllen wird. Wenn sie diese Nachweise erbringen, die Notwendigkeit im Sinne der Zonenkonformität und mit der Überwachung, dann muss der Gemeinderat das Gesuch bewilligen. Wenn sie diese Nachweise nicht erbringen oder nicht erbringen wollen, weil das zu viel Aufwand sei, dann wirkt diese Bausperre, wie sie im Volksmund gesagt wird, wie ein befristetes Moratorium auf 3 Jahre und dann hätten wir eigentlich schon sehr viel erreicht in der Zielrichtung des Postulates von Christian Di



Ronco. Ich kann Ihnen auch versichern, in 3 Jahren wird wieder viel Wasser den Rhein herunterlaufen. Es könnte ja auch mal Technologien geben, die strahlungsarm sind und weniger Einfluss haben werden, so dass unsere Gemeinde davon geschützt wird, dass jetzt die Schleusen aufgehen und wirklich ein Betreiber kommt und gleich im Dutzend neue Antennen bauen will. Ich bin überzeugt, wenn der Gemeinderat, da muss er den Kanton nicht fragen, eine solche Planungszone erlässt, mit dem Hintergrund, dass ein Bauordnungsentwurf, so wie er jetzt vorliegt, existiert, dass wir Zeit gewinnen und ich möchte Sie sehr ermuntern, das zu machen so mal ich sehr enttäuscht bin und dieser fast schon destruktiven Haltung des Kantons. Von einem Kanton, der eigentlich eine Versorgungsplanung machen müsste. Die schon vieles bewirken würde und in die Richtung der Volksmotion geht und Postulates von Christian Di Ronco und dann hinget – und das finde ich schon fast skandalös – da einen wirklich überdachten gut vorbereiteten Bauordnungsentwurf mit einigen Federstrichen zu Nichte machen will. Die Baurevision muss schliesslich dann vom Gesamtregierungsrat bewilligt werden und ich könnte mir vorstellen, dass wenn jetzt da der Wille auch dieses Rates vorhanden ist, dass diese Bauordnungsrevision als Grundlage für eine Planungszone weiterbearbeitet die ganze Problematik genommen wird. Dass dann auch die Genehmigungsfähigkeit für das Ganze steigen wird. Wir wissen ja erst, ob es genehmigt wird, wenn der Einwohnerrat die Bauordnungsrevision beschlossen betrachtet und es dem fakultativen Referendum unterstellt und dann an den Regierungsrat schickt. Das wird aber erst in einiger Zeit der Fall sein. Diese Zeit sollten wir jetzt nutzen in diesem Sinne, den ich Ihnen jetzt vorgeschlagen habe und ich unterstütze deshalb und ich nehme an auch die Kollegen aus meiner Fraktion, den Antrag von Christian Di Ronco, dass das ganze an den Gemeinderat zurückgeht zur weiteren Bearbeitung.

ER Willi Josel (SVP)

Ich kann in das gleiche Horn stossen. Ich habe es schon vorhin gesagt, wir sollten die Macht über das Laufenareal nicht aufgeben. Das ist wieder so ein Beispiel, wo wir etwas tun wollen und werden dann zurückgebunden, d.h. einerseits von der Stadt, da kommen wir heute noch dazu, jetzt vom Kanton. Ich komme mir langsam vor die das Gallische Dorf und manche spinnen. Ich denke, wir sollten diesen Weg weitergehen, ob wir jetzt dem Antrag von Christian Di Ronco zustimmen oder ob wir eintreten und dann diesen Antrag des Gemeinderates ablehnen. Das ist im Endeffekt egal. Mir ist es auch aufgefallen, wenn es heisst, es hat kurzfristig keine Folgen auf das Wohlbefinden. Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass die Strahlen auf Dauer keinen Einfluss auf uns haben. Darum bin ich der Meinung, den Wildwuchs, den man hier hat, die



Tatsache, dass die Betreiber festlegen, wo sie ihre Antennen hinstellen wollen, und nicht die Bürger. Das ist ja sensationell. Da sage ich nochmals, die spinnen.

ER Gerhard Schwyn (FDP)

Eigentlich hat die FDP Fraktion heute Abend die Meinung geändert. Erinnern wir uns doch an den Ablauf, der nun zu diesem Traktandum führt. Den 8. November 2005. 202 stimmberechtigte Neuhauserinnen und Neuhauser reichen eine Volksmotion ein. 8. Dezember 2005. Der Einwohnerrat erklärt die Volksmotion als erheblich. 3. Januar 2006 reicht ER Christian Di Ronco ein Postulat ein, Moratorium für Bewilligungen von Baugesuchen für Mobilfunkantennen. 12. Januar 2006. Der Einwohnerrat erklärt das Postulat für erheblich. Der Bericht des Gemeinderats vom 25. Juli 2007 betreffend Mobilfunkanlagen ist sehr ausführlich und selbstklärend, aber die rechtliche Situation hat sich nicht verändert auch seit dem 8. November 2005 nicht und trotzdem haben wir auch das Postulat letztlich für erheblich erklärt obwohl auch damals die Situation klar war. In der rechtlichen Beurteilung wird ja aufgezeigt, dass ohne klare Vorgaben des Kantons in seinem Richtplan, den Gemeinden es nicht möglich ist, Standorte von Antennenanlagen weder als geeignet noch als ungeeignet in ihrem Zonenplan zu bestimmen. Also, beauftragen wir den Regierungsrat, halt via Kantonsräte, vielleicht mit einer Motion zu handeln. Wir scheint es auch, dass es wichtig ist, dass die jetzige Situation nicht akzeptiert wird und dass diese Volksmotion und das Postulat nicht einfach abgeschrieben wird. Wir sind auch dafür, dass wir das nicht auf Eis legen und unterstützen auch den Antrag von Christian Di Ronco, den Antrag auf Nichteintreten.

GP Stephan Rawyler

Der Gemeinderat nimmt wirklich jeden Antrag von Ihnen entgegen. Das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. Das werden wir auch heute Abend tun. Ich habe auch Verständnis auf Ihre Reaktion. Es ist tatsächlich unbefriedigend diese Art und Weise, was in dieser Volksmotion behandelt werden soll. Ich habe aber doch erhebliche rechtlich Einwände gegenüber den an sich gescheiterten Ausführungen, die ER August Hafner, vorgebracht hat. Er sagt, Artikel 58 b und Artikel 58 d seien genehmigungsfähig. Bis zu diesem Punkt kann ich ihm 200-%ig folgen. Ich bin sogar der Ansicht, die ganze Vorlage sei genehmigungsfähig. Sonst hätten wir sie ja nicht gemacht. Dieser Ansicht sind wir. Aber wir haben nun mal zu Artikel 58 b, das lese ich Ihnen gerne vor, dort heisst es klar:



Absatz 1 und 2 können somit nicht genehmigt werden. Absatz 3: Auch diese Bestimmung kann nicht bewilligt werden. Wir wissen noch nicht, wie der Regierungsrat entscheidet aber wir wissen wie die Antwort des Baudepartements lautet. Was wir aber wissen, ist Artikel 58 d. In den Baubewilligungen der jüngsten Zeit haben wir jeweils sinngemäss diese Bestimmung jeweils aufgenommen. Das wurde angefochten in einem anderen Punkte. Der Regierungsrat hat uns angewiesen auf diesen Hinweis zu verzichten. Wir dürfen diesen Hinweis nicht mehr in die Baubewilligung aufnehmen und zwar mit der Begründung, BAKOM und die Mobilfunkbetreiber hätten sich geeinigt, wir dürfen das nicht machen. Jetzt können Sie sich ausrechnen, welche Chancen wir haben, wenn wir mit einem Gesetz in formellem Sinn an den Regierungsrat kommen. Da kann ich Ihnen jetzt schon sagen, unabhängig wie die Wahlen am 2. September 2007 ausfallen, wie das Resultat sein wird. Die Mehrheit des Regierungsrates wird bleiben. Sie können uns diesen Auftrag geben, selbstverständlich. Der Gemeinderat nimmt sicher diese Arbeit wieder zurück. Ich bitte Sie aber dann doch auf dieses Geschäft insofern einzutreten, als Sie die Frist für die Behandlung dieser Volksmotion und des Postulates wenigstens 2 Jahre erstrecken. Die Behandlungsfrist ist längst abgelaufen. Sonst muss ich Ihnen noch einen Antrag schreiben, damit Sie mir wenigstens diese Frist erstrecken. Ich bitte Sie diese bis 31. Dezember 2009 zu erstrecken. Die Frage der Planungszone. Das hat sich das Planungsreferat auch überlegt. Wir haben da intensiv darüber diskutiert über die Vor- und Nachteile. Das Problem ist natürlich. Wir können eine solche Planungszone machen, aber wenn der Regierungsrat eben der Ansicht ist, dass in Aussicht genommene Recht könne gar nie gültig werden, dann wird es selbstverständlich jeden Rekurs gutheissen, das muss man sich auch bewusst sein. Wenn Sie den Auftrag geben, jede Baubewilligung abzulehnen, dann können wir das machen. Das können wir selbstverständlich machen. Es gibt Gemeinden, die machen das bereits. Die haben den Auftrag, jede Baubewilligung von Mobilfunkantennen abzulehnen. Ich muss Ihnen aber sagen, dann wird ein Budgetposten massiv höher werden, das sind die Prozesskosten, denn es gibt auch Anwälte im Kanton Schaffhausen, die sich darauf spezialisiert haben, solche Baugesuche von Mobilfunkantennen durchzubringen. Ich muss sagen, die Erfolgchancen gehen gegen 100 % im Kanton Schaffhausen. Das ist leider so, weil die Überzeugung im Baudepartement und im Regierungsrat herrscht, Mobilfunkantennen sind Bauzonenkonform. Die muss man durchbringen. Das haben wir nun mehrmals erlebt, in Entscheiden, in denen wir kritisch waren und versucht haben, etwas zu machen und wenn ich den Bundesgerichtsentscheid vom 10. Januar 2007 sehe, dann komme ich mir manchmal vor, wie ich in einem anderen Land lebe. Dort heisst es tatsächlich, die Gemeinden hätten einen gewissen Spielraum. Man sagt zwar die kommunalen Vorschriften müssten den Interessen einer qualitativ guten Mobilfunkversorgung mit einem funktionierenden Wettbewerb zwischen den Mobilfunkanbietern Rechnung tragen. Dann heisst es aber doch wieder



andererseits, man könne mit einer Negativplanung Mobilfunkanlagen in bestimmten Gebieten ausschliessen oder aber besondere Zonen für solche Anlagen ausschreiben. Im Kanton Schaffhausen würde das nicht gehen, weil der Regierungsrat das nicht zulässt. Obwohl das Bundesrecht diesen Spielraum zulässt und deshalb glaube ich eben nicht an den Erfolg einer Planungszone. Wir können das natürlich auch machen, aber der Erfolg wird nicht das sein, was Sie sich heute Abend erhoffen und ich befürchte, dass auch in der Bevölkerung falsche Hoffnungen gemacht werden, die wir so nicht erfüllen können. In diesem Punkt haben Sie recht, wenn Sie sagen, wir müssen tatsächlich im Kantonsrat vorstellig werden. Der Kanton muss handeln. Er muss sagen, was im Kanton Schaffhausen für eine Versorgungssicherheit gilt, dann kann man mit der Planung weitermachen.

ER Willi Josel (SVP)

Ich möchte ER Christian Di Ronco nahe legen, seinen Antrag zurückzuziehen, aber den Antrag zu stellen, aber den Antrag zu stellen, dass wir den Antrag des Gemeinderates ablehnen. Dann geht das ganze wieder zurück.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Einverstanden. Ich ziehe den Antrag zurück.

Anträge:

1. Die Volksmotion vom 8. November 2005 "Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk" wird als erledigt abgeschrieben.

Der Antrag wird mit 0 : 19 Stimmen, einstimmig, abgelehnt. Die Volksmotion geht somit zurück zur Bearbeitung an den Gemeinderat.



2. Das Postulat von Einwohnerrat Christian Di Ronco vom 3. Januar 2006 "Moratorium für Bewilligungen von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GMS/UMTS" wird als erledigt abgeschrieben.

Der Antrag wird mit 0 : 19 Stimmen, einstimmig, abgelehnt. Das Postulat geht somit zurück zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat stellt folgenden Antrag:

Die Frist zur Einreichung eines Berichts und Antrages zur Volksmotion vom 8. November 2005 "Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk" und zum Postulat von Einwohnerrat Christian Di Ronco vom 3. Januar 2006 "Moratorium für Bewilligungen von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GMS/UMTS" wird bis zum 31.12.2009 erstreckt.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Das Geschäft ist vorerst erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend zukünftiger Betrieb der VBSH-Linie 1 respektive Änderung der Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs vom 17. Juni 1992

GP Stephan Rawyler

Die Frage der Traktion bewegt die Gemüter wie kaum etwas. Wenn man aber vergleicht, was in der Region Basel Stadt passiert ist, dann ist es bei uns immer noch relativ ruhig. Man darf sich auch durch Rückschläge, die in der Zeitung stehen, nicht erschrecken lassen, wir müssen unsere Interessen von Neuhausen ruhig konsequent vertreten. Das werden wir auch tun. Der Gemeinderat hat in seinen Legislaturzielen auch darauf hingewiesen, dass wir uns auch vorstellen könnten unser Netz auch ohne Drähte mit dem öffentlichen Verkehr betreiben zu lassen. Wir haben deshalb mit den Verkehrsbetrieben Kontakt aufgenommen und dabei ging es noch um drei weitere Punkte. Punkt eins ist die Anbindung des Friedhofs Langacker. Heute ganz schlecht angebunden an den öffentlichen Verkehr. Zweitens die Anbindung des immer wichtiger werdenden Rundbucks. Wir werden dort immer wieder bestürmt von den Gewerbetreibenden, sie hätten Mühe Leute anstellen zu können, weil diese eben der Ansicht sind, der öffentliche Verkehr sei ungenügend. Drittens eine bessere Anbindung des Neuhauser Bahnhofs an den öffentlichen Busverkehr. Es macht ja keinen Sinn, wenn ein Zug einfährt und der Bus fährt gleich weg. Vierter Punkt ist die Gewährleistung der Zugabnahmen in Schaffhausen mit der Linie 6. Das ist ein Problem am Abend. Die Züge aus Zürich kommen 52 an und die Linie 6 fährt 50 weg. Wer die Linie 6 Richtung Rosenbergquartier fahren will, steht als einziger noch am Bahnhof. Die anderen Busse der VBSH fahren unter anderem zur vollen Stunde, warten damit den Zürcher Zug ab. Das ist eine Situation, die klar ein Handeln des Gemeinderates resp. des Gemeindepräsidiums erheischt. Dies war dann andererseits Anlass für die VBSH den Auftrag weiter zu fassen, nämlich im Sinne einer Netzstudie. Wie soll in den künftigen Jahren das ganze Netz der VBSH aussehen und dazu parallel die Frage der Traktion. Welche Traktion soll man denn machen? Diese Frage ist teilweise verknüpft. Sie können zum Beispiel nicht sagen, die Linie 1, die heute über zwei total unterschiedliche Äste verfügt, einen stark frequentierten Ast Richtung Herbstacker Bahnhof Schaffhausen und einen schwach frequentierten Ast Richtung Waldfriedhof. Den legen wir jetzt einfach mit einem anderen Ast zusammen. Z.B. Linie 3 oder Linie 5. Das geht ja nur, wenn Sie auch eine andere Traktion haben. Die Verwaltungskommission der VBSH hat sich dann



entschieden, eine Studie machen zu lassen bei der Infrac, einerseits bezüglich des Netzes und andererseits auch bezüglich der Zukunft des Trolleybusbetriebes sprich der Traktion. Der Stadtrat hat den entsprechenden Krediten zugestimmt im letzten Herbst 2006 und die Verwaltungskommission hat von den Anträgen und den Berichten Kenntnis genommen resp. zugestimmt. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben dann in unabhängigen Sitzungen von einander beraten. Es war immer wieder ein von mir gewünschter Wunsch, dass die beiden Räte miteinander tagen würden, denn es macht doch eigentlich Sinn, dass wenn Neuhausen am Rheinfall als grösster Kunde zusammen mit dem Stadtrat Schaffhausen getagt hätte. Dies war aber auch mir nicht bekannten Gründen nicht möglich. Die Entscheidungsfindung der beiden Räte fanden steht's separat statt. Es hatte die äusserst unglückliche Folge, dass nicht kompatible Entscheide seitens des Stadtrates und des Gemeinderates Neuhausen am Rheinfall gefällt wurden. Der Stadtrat hat mehrmals die Anträge der VBSH zurückgewiesen, wohingegen der Gemeinderat positiv davon Kenntnis genommen hat, dass ein Traktionswechsel möglich sei. Die weiteren Folgen sind Ihnen bekannt. Der Stadtrat hat sich dann entschlossen nicht zu entscheiden. Nun sind wir in einer nicht ganz einfachen Situation. Der Gemeinderat ist weiterhin der Ansicht, dass die Traktionsfrage rasch entschieden werden muss und zwar im Interesse der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, denn beide müssen Investitionen machen. Wird der Trolleybus beibehalten, müssen wir wirklich konkret berechnen lassen, was kostet der Anschluss des Friedhofs und des Rundbucks mit dem Trolleybus. Können wir uns das dann tatsächlich auch leisten oder können wir es uns nicht leisten? Ist es auch gerechtfertigt von den Zahlen her? Sollen wir Anregungen aus dem lokalen Gewerbe aufnehmen. Es gibt einen Bruch auf der Linie 1. Das Umsteigen an den Wildenstrasse findet steht's statt. Die Linie 1 wird nur noch über die Zentralstrasse geführt und wieder zurück nach Schaffhausen. Herbstacker wird anders bedient. Oder gibt es eine andere Traktionsart? Wir sind im Gemeinderat einstimmig zur Ansicht gelangt, dass es eine andere Traktionsart sein müsste und dass der Bruch der Linie 1 nicht sinnvoll ist. Dass wir aber offen sind, was denn die Alternative sein soll für den Trolleybus. Selbstverständlich sind wir für alle Technologien offen. Es muss aber doch eine Technologie sein, die ökologisch vertretbar ist, ökonomisch vertretbar ist und die technisch so weit ist, dass wir nicht den Piloten spielen. Wenn man alle diese Kriterien anschaut, dann kommt realistischweise nur der Diesel- oder der Gasbus in Frage. Der Dieselbus wird heute zu 82 % auf dem Netz der VBSH eingesetzt. Die VBSH sind ein Dieselbusbetrieb. Entsprechend hat sich z.B. auch die Stadt Lugano für Dieselbusse entschieden und die Trolleybusleitungen abmontiert. Eine andere Alternative, ebenfalls sehr akzeptabel, ist sicher der Gasbus. Ich habe vorhin schon die Stadt Basel erwähnt. Dort wurde bei einer Volksabstimmung der Gasbus gegenüber dem Trolleybus der Vorzug gegeben. Es gab eine Initiative zugunsten des Trolleybusses, die aber abgelehnt wurde, weil der



Regierungsrat der Stadt Basel gesagt hat, wir werden Gasbusse einsetzen. Die Stadt Bern hat ebenfalls auf Gasbusse in sehr hohem Mass gesetzt. Dies bedingt aber eine Investition in eine Gastankstelle und man muss sich bewusst sein, dass bei einem Lieferunterbruch der Weiterbetrieb nicht mehr gewährleistet ist. Bei Diesel können Sie einen Wochen- oder Monatsvorrat horten. Bei Gas ist das etwas schwieriger. Da sprechen wir von etwas zwei Stunden in diesen grossen Behältern im Herblingertal. Was wir hier in Neuhausen in unseren Kesseln haben, das reicht ca. für 15 Minuten. Damit man sich einfach bewusst ist, was durch diese Leitungen durchläuft. Sollte man beim Trolleybus bleiben, dann sind ebenfalls Grossinvestitionen und Planungen angebracht und wir sind daher der Ansicht, das Gespräch muss erfolgen. Man muss doch dann miteinander sprechen, wenn es Probleme gibt. Wenn alles gut geht, dann kann man direkt ins Bier gehen, aber wenn es Probleme gibt, dann muss man miteinander offen sprechen und ich bedauere sehr, dass der Stadtrat Schaffhausen seit geraumer Zeit keine Zeit mehr hatte mit uns zu sprechen. Wir haben uns davon nicht entmutigen lassen und haben erneut einen Brief geschrieben und ich bin froh und dankbar Ihnen mitteilen zu können, dass wir uns nun am 18. September 2007 treffen werden und ich hoffe, dass der Stadtrat offen ist für eine gute Diskussion. Ich bin auch guten Mutes, dass er das sein wird, denn wenn die Studie Infrac tatsächlich so schlecht ist, wie sie dargestellt ist, dann müsste man eigentlich motiviert sein, diese Studie auszubauen und ergänzen zu lassen, allenfalls ein Obergutachten einzuholen, das weitere Aspekte berücksichtigt, aber wir dürfen nicht einfach warten, bis sich das Problem von selbst erledigt. Es wird sich nicht von selber erledigen! Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass Sie über den aktuellen Stand informiert werden müssen. Wir haben Ihnen deshalb den Bericht zur Kenntnisnahme zukommen lassen und zur Transparenz auch den Schlussbericht zugestellt, zusammen mit der heute aktuelle Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs. Das ist die Vereinbarung, die heute aktuell gilt. Ich bin sehr optimistisch, dass wir wieder ein Gesprächsklima finden, dass lösungsorientiert ist und dass die Emotionen, die teilweise hier herrschen wieder weggehen und der Blick auf die tatsächlichen Fakten wieder frei wird. Besten Dank.



Bemerkungen:

ER Priska Weber (SP)

Die SP nimmt von dem langen Bericht über wenige Wortwechsel in der Vereinbarung Kenntnis. Ob in der Vereinbarung mit der Stadt Schaffhausen Trolleybuslinie oder Linie 1 heisst, ist heute noch nicht wichtig. Das eine sagt über das heute aus, das andere schliesst nicht das heutige aus. Wir sind sehr froh, dass die Stadt Schaffhausen sich noch nicht für oder gegen den Trolleybus entschieden kann und in Ruhe über morgen nachdenkt. Wer weiss, vielleicht haben wir übermorgen den ultimativen Bus, der ökologischste, sinnvollste, praktischste und wirtschaftlichste Bus in einem. Ein Entscheid eilt daher nicht! Falls der Einwohnerrat das Geschäft am Volk vorbeischmuggeln möchte, freuen wir uns aufs Unterschriften sammeln fürs Referendum.

ER Thomas Theiler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat von diesem Bericht Kenntnis genommen und wird auch weiterhin Hand bieten für einen zukunftsorientierten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Der Erhalt des Status Quo ist für uns keine Option.

ER Markus Anderegg (FDP)

Auch die FDP hat das Papier sehr ausführlich gefunden und dafür einen herzlichen Dank an den Gemeinderat. Er ist sehr informativ. Lassen Sie mich vorausschicken. Zuerst ein paar Worte zum Verhältnis. Neuhausen am Rheinfall und damit die Neuhauserinnen und Neuhauser sind der beste und lukrativste Kunde der Verkehrsbetriebe. Ich spreche hier als privater Unternehmer. Wenn ich nun höre, dass der Profiteur d.h. die Stadt mit den Verkehrsbetrieben und der Stadtrat als Chef dieser Verkehrsbetriebe so mit seinem besten Kunden umgeht, dann spricht das Bände. Ein weiterer Punkt ist, dass heute schon 82 % Dieselbusse sind. Auch auf dem Bahnhofplatz und überall. Diese 18 % Strom machen die Sachen nicht feiss. Ob das so oder anders ist, bemerkt man kaum. Ausserdem Strom, bitteschön, ist nicht sauber, da muss man ganzheitlich denken. Wir haben Probleme, mit Neuerschliessungen und wir möchten eigentlich den ÖV ausbauen und das



wird jetzt behindert durch diese Traktionsart, weil es zu teuer und zu kompliziert und unsere Entwicklung in Neuhausen wir behindert. Ausserdem sind die Verkehrsbetriebe insgesamt einfach zu klein für zwei Traktionsarten, insbesondere für eine Trolleybustraktionsart. Energiefragen sind komplex und es werden hier immer sehr voreilig Schlüsse gezogen. Die Zukunft hat auch gewisse Optionen frei. Es sind Hybridbusse bereits serienmässig erhaltbar und auch in dieser Richtung könnte noch einiges an Informationen zugetragen werden. Insgesamt sind wir absolut der Meinung des Gemeinderates, dass man in dieser Richtung weiterfahren sollte.

ER Patrick Waibel (SVP)

Die SVP Fraktion hat den Bericht auch zur Kenntnis genommen. Wir sind enttäuscht über den Entscheid des Stadtrates. Wir haben eine Studie verlangt um herauszufinden, ob wir einen Trolleybus weiterhin haben wollen oder nicht. Ob es wirtschaftlich ist oder nicht und das wird jetzt einfach zurückgeschoben. Es ist für Neuhausen doch sehr wichtig, da sehr hohe Kosten anstehen, um alles vorwärts zu bringen und auch zu entscheiden. Ich denke, man könnte im Moment entscheiden, aber es wollen vielleicht viele Leute nicht entscheiden. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Er ist sehr gut ausgeführt und werden zu einem späteren Zeitpunkt noch etwas dazu sagen.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS nimmt den Bericht ebenfalls zur Kenntnis. Sie kann ja nicht anders! Die ÖBS erkennt ein dringendes Bedürfnis, nämlich dass der Gemeinderat Neuhausen am Rheinfall und die Stadt Schaffhausen zusammensitzen und darüber reden. Das kommt ja jetzt offenbar zustanden. Gespräche müssen geführt werden, denn sonst finden wir nie zu einer Lösung. Wenn wir keine Pioniere sein wollen in Sachen Hybridbus, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als zu warten. Die Studie der Infrac, die wir im Frühjahr miteinander angeschaut haben, die enthält Zahlen, die nicht hieb- und stichfest sind. Die externen Kosten sind nicht quantifiziert. Die Strom- und Dieselpreise sind diskutabel, wie sie enthalten sind. Die neueste Entwicklung wird nur im Dieselbus erwähnt, beim Trolleybus nicht. Lärm-, Luftbelastung und auch Fahrkomfort sind nicht in Franken und Rappen messbar, deshalb auch nicht in der Studie enthalten, auch nicht mit einer Bemerkung. Die Diskussion über die Traktionsarten muss auf weiter Basis weitergeführt werden. Die ÖBS wird



wie die SP sich dafür einsetzen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei der Sache mitreden können.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die offenen und klaren Worte und ich denke, wir sind auf dem Weg, den wir gehen müssen mit den Gesprächen, sonst sehe ich tatsächlich nicht weiter. Auch den Gemeinderat sehnt sich auch den "optimalen Bus". Nun muss ich sagen, den in einer Zeitung hochgelobten Hybridbus hat sich im täglichen Betrieb in Lausanne als Totalausfall gezeigt. Es ist nicht so einfach. Die Frage, ob mit Brennstoffzellen gefahren werden kann. Wenn ich mich richtig erinnern, war das etwas, als ich kaum Lesen und Schreiben konnte, nächstes Jahr kommt dann dieser Bus, der Brennstoffzellenbus. Ich habe heute noch etwas im Internet recherchiert und es gibt ernstzunehmenden Stimmen die sagen, auch ind 10 oder 20 Jahren werden wir diesen Bus noch nicht haben. Das Problem liegt an der Herstellung des Brennstoffes, Wasserstoff, wie machen wir das? Wenn wir in Norwegen wären, könnten wir vielleicht noch ien paar Wasserkraftwerke machen, aber wie machen wir den Wasserstoff? Auch die Lagerung des Wasserstoffes ist nach wie vor ein riesiges Problem. Es gab einzelne Versuche mit solchen Bussen, die wurden ganz offensichtlich wieder abgebrochen, in Nürnberg. Sie liefen 3 Jahre lang, 2002 bis 2004 und seit ungefähr 2005/2006 werden auf dem Flughafen München solche Busse eingesetzt. Auf den grossen Durchbruch warten wir nun schon seit Jahrzehnten. Ich bin deshalb nicht ganz sicher, ob man immer alles hinauszögern soll, sonst geht es einem wie mit dem PC, wenn man ihn bestellt hat, dann ist er veraltet. Man kann natürlich immer warten, bis noch der neuere kommt, aber es kommt immer noch etwas besseres. Man muss klar sehen, die konventionellen Techniken mögen nicht der Weisheit letzter Schluss sein, sei es der Gasbus, sei es der Trolleybus oder sei dies der Dieselbus. Es ist aber eine bewährte Technik und ob wir als Kleinunternehmen, das ist die VBSH im Vergleich zur VBZ oder zu den grossen deutschen Unternehmen oder zu den grossen französischen Unternehmen, ob wir hier tatsächlich eine Pionierrolle fahren sollen. Für mich ist aber das entscheidende, die Kriterien definieren, nach denen wir uns als Exekutive und später auch Sie und noch viel später allenfalls auch das Volk sich entscheiden kann. Diese müssen doch definiert werden. Wenn gesagt wird, es fehlen gewisse Kosten, dann muss man halt sagen, auf welche Kosten kommt es denn überhaupt an? Was wollen wir tatsächlich ansehen? Welche Wertung wollen wir gewinnen? Dann kommen wir sicher weiter und dann haben wir eine objektive Basis um einen Entscheid zu treffen. Wenn dieser Infrasericht



ungenügend ist, dann habe ich nichts dagegen, wenn dieser noch ausgebaut und ergänzt wird, wenn es notwendig ist. Da habe ich kein Problem damit.

GR Patrick Strasser

Als Mitglied der Verwaltungskommission der Verkehrsbetriebe Schaffhausen möchte ich jetzt auch noch ein paar Worte dazu sagen. Tatsache ist, dass wir, wenn das Ortszentrum so umgestaltet wird, wie Sie heute abend ja auch sich manifestiert haben, wie Sie es gerne hätten, bis ins Jahre 2010 keine durchgehende Trolleybuslinie ja ab einem gewissen Zeitpunkt überhaupt keine Trolleybuslinie mehr haben werden aufgrund der Bauarbeiten. Das bedeutet auch, dass Sie nicht schon heute abnd wissen müssen, wie die zukünftige Traktionsart aussieht. Es ist tatsächlich so, wie haben ein wenig Zeit um nachzudenken, aber diese Zeit muss unbedingt genutzt werden und nicht erst in ein oder zwei Jahren sondern es sollte sofort mit Nachdenken begonnen werden. Da muss ich zu Priska Weber sagen. Es ist sicher schön, wenn Schaffhausen nachdenkt, ich hoffe nur, sie machen es auch. An der letzten Sitzung der Verwaltungskommission habe ich nicht leider unbedingt dieses Signal bekommen. Ich habe mich dann dort dafür eingesetzt, dass auch im Stadtrat und die sonstigen zuständigen Stellen sich mit voller Kraft diese Überlegungen machen und es nicht hinausschieben und dann wieder zu spät sind, wenn es dann soweit sein müsste. Zu Markus Anderegg, der gesagt hat, zwei Traktionsarten seien zu viel für den kleinen Betrieb VBSH muss ich sagen, dass der VBSH Direktor Walter Herrmann gesagt hat, es dürfen nicht mehr als zwei Traktionsarten sein. Zwei sind also sicher nicht zu viel. Das muss man auch im Hintergrund haben, wenn über die Traktionsarten nachgedacht wird. Was sicher richtig ist, ist die heutige Verteilung. Eine Traktionsart 82 % und die andere 18 % des ganzen Betriebes. Das ist ganz sicher ungünstig. Dort müsste es sicher eine bessere Aufteilung geben. In diesem Sinne hoffe ich wirklich, dass der Stadtrat auch mitdenkt und freue mich auf die Sitzung am 18. September 2007. Ich hoffe, ich kann das danach auch noch sagen. Es wäre eine gute Sitzung gewesen, denn ich bin sicher, der Gemeinderat ist bereit hier mitzudenken und ich hoffe, der Stadtrat ebenfalls.



ER Ueli Furrer (ÖBS)

Der Gemeindepräsident hat mich aufgefordert für die nichtquantifizierten Kosten ein Beispiel zu machen. Ich mache das gerne. Wenn wir das Ortszentrum anschauen, dann haben wir bei einem Fr. 3 Mio. Kredit 10 % für die Erneuerung der Leitungen des Trolleybusses. Für Werkleitungen und Kanalisation geben wir Fr. 1.6 Mio. Aus. Die Frage ist jetzt, ist uns ein Trolleybus mit weniger Lärm, weniger Feinstaub, komfortableren Betrieb auf der Zentralstrasse diese Fr. 300'000.00 Wert oder nicht. Für mich ist die Frage klar, das ist es mir wert. Es würde die Zentralstrasse weniger aufwerten, wenn wir den Dieselbus hätten anstatt den Trolleybus.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Die Diskussion ist erschöpft und der Bericht wird vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen.

Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt von diesem Bericht Kenntnis.

Der Einwohnerrat hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 5 Postulat SVP Willi Josel / CVP Christian Di Ronco / FDP Markus Andereggi betreffend Alternativen zum Trolleybus

Begründung:

ER Willi Josel (SVP)

Ich möchte hier gleich zu Beginn weg etwas korrigieren. Es ist nicht der Postulent, der das Wort hat, sondern einer der gleichberechtigten Erstunterzeichner dieses Postulates. Wir haben verzichtet, auf einen vierten oder fünften zu hoffen, nachdem uns bewusst war, dass die SP Seite das anders sieht, deshalb haben wir Euch nicht angefragt. Kriegsrhetorik ist in so einem Zustand völlig das falsche. Wir wollen das nicht sagen, aber der Stadtrat von Schaffhausen darf das auch hören, denn der Entscheid, der bisher gefällt wurde ist völlig unverständlich. Es ist unglaublich, dass man den Schritt macht, erst will man etwas abklären, dann klärt man das ab und wenn man die Entscheidungsgrundlagen hat, dann schiebt man den Entscheid hinaus. Vor allem dann, wenn man auf einen Partner Rücksicht nehmen muss, mit dem man einen Vertrag hat und mit dem man weiterhin zusammenarbeiten will und soll. In diesem Postulat finden Sie, dass der ausdrückliche Wunsch besteht, nach wie vor mit der Stadt Schaffhausen zusammen zu arbeiten. Nur ändern sich die Voraussetzungen und da muss man vielleicht diesen Vertrag auch anpassen. Die Frage von den Kosten wird ja immer wieder gestellt und ich zähle es halt auf: Fr. 600'000.00 für die Zollstrasse für die Installation, bis Fr. 100'000.00 für den Ochsenplatz, im Ortszentrum Fr. 300'000.00, beim Galgenbuck Fr. 500'000.00 bis Fr. 600'000.00, weil ja dort die Leitungen auch umgehängt werden müssten und wenn man den öffentlichen Verkehr ins Langriet hinausbringen wollen und wenn wir hinunter ins Gewerbegebiet wollen, dann kostet das mindestens Fr. 1 Mio. oder sogar einiges mehr und wenn man das ungefähr zusammenzählt, dann kommen wir Fr. 2.6 Mio. und dann bin ich nicht so sicher, ob die Unterschriftenaktion bei der SP etwas bringt, wenn die Leute diese Zahl sehen, ob sie dann wirklich einem Trolleybus zustimmen werden. Der Stadtpräsident hat heute das Wort "Verschleuderung von Steuergeldern" beschrieben. Ja, was ist denn das sonst, wenn man Fr. 3 Mio. ausgibt, die man einsparen könnte. Es mag ja sein, dass das in der Stadt Schaffhausen als "Schnupf" bezeichnet wird und man dort in der Grössenordnung mehrere Millionen mehr hat um von Verschleuderung zu reden. Aber was ist hier unser Ziel? Es geht hier darum, eine effiziente, bequeme, umweltfreundliche und energiesparende Traktion zu wählen und um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu gestalten und zu ermöglichen. Wer jetzt



die Kosten derart hochtreibt, der gefährdet den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und das dürfen wir nicht machen und deshalb unter anderem dieses Postulat. Wir reden von neuen Techniken. Es gibt neue Techniken sehr wohl. Zurzeit läuft eine Testphase vom 2. bis 24. August 2007 in Zug. In Lenzburg läuft bereits ein Bus. Es gibt noch weitere Möglichkeiten z.B. auch in Kalifornien. Dort laufen Tests seit zwei Jahren. Selbstverständlich wird es das geben und selbstverständlich wird das irgendwann einmal kommen. Wir befinden uns jetzt aber in einer Zwischenphase. Die eine Phase ist die, dass die Lebensdauer des Trolleybus abläuft und wir halt etwas tun müssen und die spätere Möglichkeit wollen wir selbstverständlich ausnutzen, aber jetzt ist diese Zwischenphase und für die muss man etwas unternehmen und wir können den Entscheid nicht auf die lange Bank schieben, man muss jetzt etwas machen. Wenn Sie das Postulat der drei bürgerlichen Parteien gelesen haben, dann sehen Sie darin, dass wir nicht so weit gehen wie in der Stadt Schaffhausen die FDP, die da dort eine Motion eingebracht hat, die voll auf den Dieselbus zusteuert – das ist selbstverständlich die beste Lösung nach diesem Bericht –, aber wir wollen ja die besten Möglichkeiten. Da sind wir ja mit Euch (SP und ÖBS) sehr wohl in Kongruenz. Wir wollen da noch weitermachen und das Abklären. Für uns ist ein wesentlicher Teil. Wir haben billige Energien, nämlich der Röti gibt es das Biogas und auch in der KBA Hard. Für uns ist das eine Möglichkeit zu prüfen. Vielleicht ist es ja nicht möglich. Es gibt Möglichkeiten, einige in der Zukunft, einige gibt es jetzt. Wir wollen jetzt einfach initiieren, dass man etwas macht und ob das jetzt auf das Postulat zurückzuführen ist oder nicht, der Stadtrat in Schaffhausen hat sich bewegt und hoffentlich haben sich auch eingesehen, dass man da etwas unternehmen muss und vielleicht läuft da ja etwas. Jetzt ist nur zu hoffen, dass die nicht auf stur stellen, denn sonst muss man sich tatsächlich die Frage stellen, ob man nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch nimmt, irgendwelche Fragen dem Regierungsrat vorzulegen. Was ist zu tun? Wir müssen eine neue Vereinbarung mit der Stadt treffen. Wir hoffen, dass das die Stadt auch so sieht. Die bisherige Haltung entspricht nicht dem Vertragswillen, den man seinerzeit abgeschlossen hat. Den Vertrag muss man anpassen und dazu ist es höchste Zeit. Partnerschaft ist anders, als dass es der Stadtrat bisher gezeigt hat. Wir definieren das anders. Wir sind zuversichtlich, dass der Gemeinderat eine gute Lösung herausarbeiten wird. Er wird unsere Zustimmung haben und wir werden uns einsetzen, dass wir zu einer guten Lösung kommen werden, aber Abwarten und Nichts machen, das ist ganz eindeutig der falsche Weg und ich wünsche Euch im Namen aller bürgerlichen Parteien sehr viel Glück!



Kommentar:

GP Stephan Rawyler

Der Regierungsrat ist dem Gemeinderat Neuhausen am Rheinfall und auch den übrigen Gemeinden des Kantons sehr wohl gesinnt. Er hat ja ein gutes Interesse. Auch wenn wir mal Differenzen haben, das gehört dazu und das vermag das gute Einverständnis nicht stören. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Sie sehen das bereits in unserem Bericht zur Kenntnisnahme Seite 17 Punkt 9, denn es geht den Postulanten und auch dem Gemeinderat nicht darum, Sparmassnahmen durchzuziehen. Wenn die Postulanten jetzt noch verlangt hätten, man müsse Geld einsparen, dann hätte der Gemeinderat wohl Mühe gehabt, das Postulat entgegen zu nehmen. Es geht wirklich nur darum, Alternativen anzusehen, Lösungen zu suchen und da werden an sich offene Türen eingerannt, mit Blick auf die Unterstützung, die wir von Ihrer Seite durchaus brauchen können, sind wir nicht unglücklich im Gegenteil wir sind sogar froh über diesen Vorstoss. Er unterstützt unsere Position und zeigt uns, dass sicher eine rechte Mehrheit des Einwohnerrates auch der Ansicht ist, dass wir mit dem Stadtrat Schaffhausen Gespräche führen müssen, die wir eingeleitet haben und man nochmals Alternativen anschaut. Ich denke man muss sogar weiter gehen z.B. die Entwicklung mit der Batterietechnik ist atemberaubend, was dort passiert ist. Wir stehen wirklich kurz vor der Grenze 800 KW pro Kilogramm Batterie. Das bedeutet dann auch, dass man plötzlich einen batteriebetriebenen Bus verwenden kann. Das gibt uns sicher Chancen. Man muss sich mit Sicherheit immer bewusst sein, öffentlicher Verkehr ist immer besser, als wenn jeder mit seinem Auto umherfährt und die Umwelt belastet. Deshalb ist es ein Quantensprung besser, wenn wir mit irgendeinem Fahrzeug durch die Zentralstrasse fahren, das 40 bis 50 Leute drinnen hat, als wenn ein Offroader mit mehreren Tonnen und einer einzigen Person durch die Zentralstrasse fährt. Wir nehmen diesen Vorstoss gerne entgegen.



Diskussion:

ER Peter Gloor (SP)

Ich kann es mir nicht ganz verkneifen, geschätzte Kollegen auf der anderen Seite. Unsere Gemeinde hat ein Rheinkraftwerk und unser Präsident hat gesagt in ein oder zwei Jahren können wir die Batterie dort einspeisen, ich weiss es. In der Nacht fahren die Trolleybusbetriebe nicht. Am Tag haben wir den Trolleybusbetrieb. Wir können wählen, wohin wir den Gratisstrom vom Rheinkraftwerk hintun wollen. Wir haben somit einen Gratisbus.

GP Stephan Rawyler

Nur ganz kurz wegen dem Rheinkraftwerk. Das ist an sich eine sehr gute Idee, aber es strapaziert in enormen Masse die Konzession, denn die Konzession sagt, dass dieser Strom nur für industrielle Zwecke gebraucht werden darf. Das ist nicht Industrie sondern das ist Verkehr! Vermutlich würde das der Konzessionsgeber, das ist Schaffhausen, tolerieren, aber wir strapazieren da wieder die Konzession.

ER Jakob Walter (SP)

Es wurde mir bis jetzt nicht klar gemacht, was der Unterschied ist, ob man diesen Vorstoss überweist oder nicht. Wenn ich diese Forderungen lese z.B. die nötigen Untersuchungen, vertraue ich eigentlich, dass diese so oder so gemacht werden. Bei den Alternativen, die geprüft werden sollte, finde ich es absolut schlecht, dass da nur zwei Möglichkeiten aufgeführt wurden. Ich möchte es nicht darauf beschränken. Der dritte Punkt. Provisorium, bis der Entscheid gefällt worden ist, werden wir so wie so haben. Bei den Baustellen fahren jetzt ja auch schon Dieselbusse und bis wir dort wieder Drähte aufhängen können, ist auch die Stadt Schaffhausen so weit. Ich weiss wirklich nicht, ob man hier dafür oder dagegen stimmen soll.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich widerspreche Jakob Walter nur im letzten Punkt. Es gibt auch eine Planungsphase, indem diese Kosten, für die Ortsgestaltung von Fr. 300'000.00 fest eingeplant werden, nicht bloss frankenmässig und in der Planung direkt und das verursacht von Anfang an weg Kosten, die wir einsparen könnten, anders entschieden worden wäre. So einfach ist die Sache nicht.

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 12 : 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen für erheblich und überweist es an den Gemeinderat.

Das Geschäft ist vorerst erledigt.



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Wir sehen uns wieder am 27. September 2007 Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinflall

Rolf Forster
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin